

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.50 Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Saar- und Memelgebiet, Ostpreußen, Litauen, Lettland, Estland, 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt' mit 'Siedlung und Kleingarten' sowie der Beilage 'Unterhaltung und Wissen' und Frauenbeilage 'Frauenstimme' erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kopierleistung 70 Pfennig, Reklamemotive 4.- Reichsmark. 'Kleine Anzeigen' des festgedruckten Wortes 20 Pfennig (zweifache zwei feilgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfennig. Stellenangebote des ersten Wortes 10 Pfennig, jedes weitere Wort 5 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnementen 20 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckereibüro, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Köhlfeld 292-295
Verlag: Köhlfeld 2506-2507
Auf der Reichs-Telefon-Zentrale: Wilhelm 5744

Dienstag, den 28. April 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postkontokonto: Berlin 37536 - Bankkonto: Direction der Telefon-Zentrale, Postfach Lindenstraße 3
Fernsprecher: Auf der Reichs-Telefon-Zentrale: Wilhelm 5744

Parteigenossinnen, Parteigenossen!

Am 26. April wurde der monarchistische General von Hindenburg zum Präsidenten der deutschen Republik gewählt. Hindenburg war der Kandidat aller schwarzweißen Reaktionen, die aus dem fürchterlichen Zusammenbruch des kaiserlichen Systems nichts gelernt haben.

Wir aber sagen euch heute schon, daß wir zum Schutze der Deutschen Republik auf der Wacht sein werden. Wir werden alle Versuche der Vorbereitung einer monarchistischen Reaktion ebenso offen und eindringlich bekämpfen, wie wir die Pläne jeder sich etwa aus der junkerlichen und monarchistischen Umgebung Hindenburgs bildenden Nebenregierung durchkreuzen werden.

Genossinnen und Genossen! Die monarchistischen Junker und Bourgeois hätten ihren Hindenburg aber am 26. April 1925 allein nicht durchbringen können. Ihre Kandidat hat nicht die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf sich vereint. Wenn Hindenburg gewählt wurde, so ist daran allein die kommunistische Partei Deutschlands schuld, die auch in diesem Falle der Reaktion zu einem Erfolge verholfen hat.

Es lebe der Sozialismus, es lebe die Republik!

Berlin, den 27. April 1925.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Arbeiter müssen unter den sozialdemokratischen Fahnen die Reihen schließen.

Genossinnen und Genossen! Die deutsche Arbeiterklasse geht schweren Zeiten entgegen. Ihr droht: das neue Hindenburg-Programm:

Erhöhung der indirekten Steuern bei Erhaltung der unsozialen Gestaltung der die Arbeiter, Angestellten und Beamten so schwer drückenden Lohnsteuer.

Wiedereinführung der den Haushalt des einfachen Mannes schwer belastenden Brotgetreidezölle zugunsten der Agrarier.

Verweigerung der gesetzlichen Festlegung des Achtstundentages.

Daneben werden die enteigneten Sparer und Rentner im Interesse des Kapitalismus und der Großlandwirtschaft durch Verhinderung einer sozialen Lösung der Aufwertungsfrage um ihre Ansprüche betrogen werden.

Diese Zeit, in der so schwere neue Lasten drohen und in der der soziale Gedanke in Gesetzgebung und Verwaltung immer mehr verloren geht, ist für die werdenden Gedanken des Sozialismus außerordentlich günstig. Es gilt diese Zeit zu nützen. In unfernen Reihen müssen die Millionen Ansturm finden, die ihrer Klassenlage nach zu uns gehören.

In diesem Sinne, Genossinnen und Genossen, an die Arbeit für unsere großen Ziele!

Mut zur Ehrlichkeit!

Hindenburgs Sieg - die moralische Niederlage der Kommunisten.

Es gibt zwei Lager in Deutschland, in denen man heute den Sieg bei der Präsidentenwahl registrieren kann: das Lager der Reaktion und das Lager der Kommunisten. Siegen heißt, das gesteckte Ziel erreichen. Die Reaktion hat ihr Wahlziel erreicht, und die KPD auch. Die Reaktion wollte Hindenburg zum Reichspräsidenten wählen. Er ist gewählt. Die Kommunisten wollten die Wahl des Kandidaten des Volksblocks verhindern. Sie haben ihr Ziel erreicht. Also sind auch sie Sieger.

Wir, die aufrichtigen Republikaner, sind unterlegen. Wir haben unsere Pflicht getan. Die Aufgaben der Zukunft liegen klar vor uns. Wir werden weiter arbeiten für die Republik. Die Episode der Präsidentschaft Hindenburg wird vorübergehen. Wir, heute die Unterlegenen, werden die letzten Sieger sein. Darum ist in unserem Lager die Sicherheit und die Zuversicht.

In den Lagern der Sieger aber ist die Unsicherheit und Verlegenheit. Im Lager der Reaktion: Hindenburg ist Präsident. Aber die Mehrheit des Volkes steht nicht hinter ihm. Die Reaktion hat ein Symbol erkämpft. Aber das Kräfteverhältnis im Volke ist gegen sie. Im Lager der Kommunisten: das Ziel ist erreicht. Der Kandidat des Volksblocks ist unterlegen. Aber dieser kommunistische Sieg ist zugleich die schwerste moralische Niederlage, die die kommunistische Partei bisher erlitten hat.

Dank der Taktik der kommunistischen Partei ist Hindenburg gewählt. Er steht auf Thälmanns Schultern. Hindenburg hat 900 000 Stimmen mehr als Marx. Auf Thälmann fielen rund zwei Millionen Stimmen. Jede dieser Stimmen hat dazu beigetragen, daß Marx nicht gewählt wurde.

Das ist die eine Seite der Bilanz. Die andere Seite: hat diese unter politischem Gesichtspunkt wahnwitzige Taktik der kommunistischen Partei einen agitatorischen Erfolg verschafft? Der Anteil der kommunistischen Stimmen an der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen ist auch am 26. April weiter zurückgegangen. Nicht in demselben Tempo wie vom 7. Dezember zum 26. April, aber dennoch zurückgegangen. Der Verfall der kommunistischen Partei geht unaufhaltsam weiter. Das Endergebnis der Bilanz ist: die kommunistische Partei hat Hindenburg zum Siege verholfen. Sie hat durch ihre Wahltaktik sich selbst nicht genützt.

Wir nehmen an, daß die kommunistischen Wähler - und es sind zum großen Teil Arbeiter - nicht bewußt den Sieg von Hindenburg herbeiführen wollten. Wir nehmen nicht an, daß sie sich in der Rolle des unbeteiligten Dritten fühlen, der mit Schadenfreude den Sieg Hindenburgs über den Kandidaten des Volksblocks sieht. Wir nehmen an, daß sie heute alle empfinden: zwar hat die Taktik der kommunistischen Zentrale das gesteckte Ziel erreicht, die Wahl von Marx zu verhindern, aber der Sieg Hindenburgs ist zugleich der Sieg der Reaktion über alle Arbeiter.

Vor jedem Thälmann-Wähler steht deshalb heute die Frage: warum hast du Thälmann deine Stimme gegeben und damit Hindenburg gewählt? Warum hast du diesen Streich gegen die Republik, gegen die Arbeiterschaft, gegen dich selbst geführt?

Diese Frage stellen nicht nur die sozialdemokratischen Arbeiter an die kommunistischen Arbeiter. Sie ist eine Gewissensfrage für jeden Kommunisten. Sie läßt sich nicht zurückdrängen. Jeder Thälmann-Wähler, er mag wollen oder nicht, muß vor sich selbst die Frage beantworten: warum und wozu hast du das getan?

Ja, warum! Was sind die Motive der Thälmann-Wähler? Ihre Haltung erklärt sich zunächst aus einer Beschränktheit des politischen Gesichtsfelds. Sie sehen nur sich und ihre eigene Partei. Sie sehen nicht das wahre Kräfteverhältnis in Deutschland, und erkennen darum nicht den richtigen Weg, auf dem sie auf dies Kräfteverhältnis einwirken können. Ihre politische Betätigung ist deshalb nicht Handlung, sondern leere Demonstration. Anders sieht sich aber der Handlung enthalten, stärken sie die Wirkung der Handlung ihrer natürlichen Gegner. Bundesgenossen suchen gegen die Reaktion, einrücken in die republikanische Front, die Stimme für Marx abgeben - das wäre Handlung gewesen, die aus der klaren Erkenntnis der Lage und Kräfteverteilung hervorgegangen wäre. Die Stimme für Thälmann war eine leere Demonstration, sie wurde zur Handlung für Hindenburg.

Diese Beschränktheit des politischen Gesichtsfelds entspringt der allgemeinen Taktik der kommunistischen Partei. Einer Taktik, die einen unmoralischen Kern hat. Man verläßt sich darauf, daß die sozialdemokratischen Arbeiter die notwendige Gegenwartsarbeit zur Verteidigung der Republik, des Kampfbodens der Arbeiterschaft, in zäher Ausdauer und Hingebung leisten werden. Man verläßt sich auf ihre Arbeit, um sie dann um so energischer zu beschimpfen und ihre Partei um so heftiger anzugreifen, je mehr sie Erfolg hat. Man fühlt sich in der Position des grundlosgeirren, alles und echt

Der Volksblock an Marx.

Der Volksblock hat gestern nachmittag folgendes Telegramm an den Präsidentschaftskandidaten, Reichskanzler a. D. Marx in Sigmaringen gerichtet:

Reichskanzler Marx, Sigmaringen.

Der Volksblock dankt in Treue seinem Führer für die große, aufopfernde, waterländische Arbeit. Wir haben eine Schlacht verloren, aber der Kampf sei nicht vergebens. Gerade Ihre Persönlichkeit hat in diesem Kampf den Endieg unserer demokratischen und republikanischen Sache gewährleistet. In dieser Ueberzeugung entbieten wir heute herzlichen Gruß und Handschlag.

Der Ausschuß.

Dittmann, Erkelenz, Fischer, Spieder, Stephan, Wodet.

Nach der Wahl.

Amtsantritt - Reichsregierung - Preußen.

Der neue Reichspräsident wird voraussichtlich am 8. Mai nach Berlin übersiedeln und am folgenden Tage durch den Reichstagspräsidenten Genossen Lobe vor versammeltem Reichstag vereidigt werden. Ein früherer Termin kommt kaum in Frage, weil der Reichswahlleiter mindestens noch 6 bis 7 Tage zur endgültigen amtlichen Feststellung der Wahlergebnisse braucht. Erst wenn diese amtliche Feststellung getroffen ist, kann Hindenburg das höchste Amt der Deutschen Republik antreten. Inzwischen hat sich der Reichswahlleiter schriftlich an ihn gewandt und ihm die Frage vorgelegt, ob er bereit ist, das Amt anzunehmen. Es handelt sich hier selbstverständlich nur um eine Formsache.

Der Empfang Hindenburgs in Berlin wird durch die Behörden, insbesondere den stellvertretenden Reichspräsidenten Dr. Simons, den Reichskanzler und die Reichsminister erfolgen. Aus diesem Anlaß sollen die Behörden angewiesen werden, die Reichsfahnen zu hissen, so daß der schwarzweiße Reichspräsident unter schwarzrotgoldenen Fahnen seinen Einzug halten wird. Die Reichswehr wird natürlich ebensfalls aufgeboten, und zwar ist geplant, aus jeder Garnisonstadt ein Kommando nach Berlin zu beordern. Insbesondere die Stahlhelmparteien beabsichtigen, Hindenburg einen großen Empfang zu bereiten und vom Bahnhof bis zum Palais des Reichspräsidenten Spalier zu bilden. Für den Abend des Einzugstages ist ein Fackelzug vorgesehen.

Die Wahl Hindenburgs wird auf die Zusammensetzung der Reichsregierung kaum Rückwirkungen ausüben. Das Kabinett hat sich zwar noch nicht endgültig entschieden, ob es formell demissionieren soll; aber es scheint jetzt, daß Reizung hierzu nicht besteht. In der Verfassung ist ein Rücktritt der Regierung im Falle der Wahl eines neuen Reichspräsidenten nicht ausdrücklich vorgesehen. Dagegen heißt es, daß der Reichspräsident die Reichsminister usw. zu ernennen hat. Aus dieser Formulierung könnte die

Notwendigkeit eines Rücktritts gefolgert werden; aber auch diesem Rücktritt kommt in einem parlamentarisch regierten Staat, wie es Deutschland heute ist, nur formelle Bedeutung zu, da der Reichspräsident die Minister lediglich auf Vorschlag des Reichskanzlers ernannt und dieser wiederum Vorschläge nach Rücksprache mit den Parteien macht.

Die Einstellung Hindenburgs und vor allem die Absichten der Drahtzieher seiner Kandidatur dürften sich vorerst aus der Ernennung des Staatssekretärs im Reichspräsidentium ergeben. Vorläufig heißt es, daß Hindenburg ein Parlamentarier als Berater beigegeben werden soll, der Fraktionsmitglied der Deutschen Volkspartei ist. Ein derartiges Versprechen soll der Volkspartei vor der endgültigen Nominierung Hindenburgs gegeben worden sein. Es heißt, daß u. a. auch der politisch äußerst weit rechtsstehende ehemalige Reichsjustizminister und überzeugte Monarchist Dr. Heinke für das Amt des Staatssekretärs in Frage kommt. Ferner wird der frühere Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz als Staatssekretär Hindenburgs genannt.

Die preussischen Regierungsverhältnisse dürften durch die Wahl Hindenburgs kaum beeinflusst werden. Zweifelloser werden die Rechtsparteien jetzt versuchen, den Volksblock zu sprengen und das Zentrum zu sich herüberzuziehen. Aber es hat den Anschein, daß diese Versuche vergebens sein werden, da die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags in ihrer Mehrheit die feste Absicht hat, den Block der republikanischen Parteien auf absehbare Zeit auch weiterhin aufrechtzuerhalten. Es ist unter diesen Umständen nicht ausgeschlossen, daß die Debatte über die am Dienstagmittag zu erwartende Regierungserklärung des Preussischen Ministerpräsidenten mit einer Ueberraschung endet.

Das Abstimmungsergebnis vom 26. April für sämtliche preussischen Wahlkreise beträgt:

- 9,3 Millionen Stimmen für Marx,
9,2 Millionen Stimmen für Hindenburg,
1,2 Millionen Stimmen für Thälmann.

Der Rechten ist es also nicht gelungen, die Weimarer Koalition zu zerbrechen. Berücksichtigt man, daß es sich am Sonntag weniger um eine politische, als um eine Gefühlswahl gehandelt hat, dann ergibt sich, daß eine Landtagsauflösung in Preußen zu einem Siege der Weimarer Koalition führen muß.

Mittwoch Beratung des Kontrollberichts.

Teilweise Veröffentlichung bevorstehend.

Paris, 27. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Vorkonferenz wird am Mittwoch vormittag mit der Prüfung der von Marschall Foch im Namen des Berliner Militärkomitees vorbereiteten Anwortnote beginnen. Diese enthält eine ausführliche Analyse des Berichtes der Militärkontrollkommission, der zum Teil wörtlich zitiert wird.

Klassenbewußten Arbeiters, der sich mit den aufreißenden Notwendigkeiten des täglichen Kampfes gegen die Republik nicht abgibt. Man wählt Thälmann in der Hoffnung, daß genug von den anderen Marx wählen werden, so daß man sich das Vergnügen leisten kann, sich als Klassenbewußter und reiner zu fühlen als die Arbeiter, die um der Republik und der Notwendigkeiten des Kampfes gegen die Reaktion willen Marx ihre Stimme gegeben haben.

In dieser Haltung ist weder Mut, noch Verantwortungsgefühl, noch Solidarität, noch Ehrlichkeit. Nicht einmal Ehrlichkeit vor sich selbst. Es ist die im Grunde tief unmoralische „Entlarvungsstatistik“ der Kommunistischen Partei. Eine dummschlaue Spekulation auf das Verantwortungsgefühl der anderen.

Diese dummschlaue Spekulation aber hat diesmal ein Loch gehabt. Die verantwortungslosen kommunistischen Hahardeure haben sich verfehlt. Ihre Stimmen haben den Ausschlag für den Sieg der Reaktion gegeben. Statt sich nun als die allein echten Klassenbewußten Vertreter der Arbeiterschaft aufspielen zu können, stehen sie vor den Augen der gesamten Arbeiterschaft, vor den Augen des gesamten republikanischen Deutschlands als die gewissenlosen Helfershelfer der Reaktion. Und die Reaktion jubelt über die Gewissenlosigkeit der Kommunisten, die ihr zum Sieg verholfen hat.

Die kommunistischen Arbeiter waren erst und eindringlich gewarnt. Sie konnten über die Größe ihrer Verantwortung nicht im Zweifel sein. Nun sind die Folgen da, und nun rufen sie nach der Hilfe der großen Organisationen der verantwortungsbewußten sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Im ersten Schreden über den Zusammenbruch ihrer kläglichen Spekulation schrie die „Rote Fahne“ nach der Hilfe des ADGB. Er soll helfen, soll wiedergutmachen. Ein klägliches Armutzeugnis!

Wir sind sicher, daß die kommunistische Zentrale bald Parolen fabriziert haben wird, in denen sie der Arbeiterschaft weise Ratschläge über die allein richtigen Methoden des Kampfes gegen die Reaktion geben wird. Wohin sie führen, das haben ihre Anhänger am 26. April erfahren.

Es ist selbstverständlich, daß die großen Organisationen der Arbeiterschaft nun erst recht den Kampf gegen die Reaktion führen werden. Es ist selbstverständlich, daß sie die Republik verteidigen werden. Es ist aber ebenso selbstverständlich, daß sie die weisen Ratschläge der gewissenlosen Hahardeure der kommunistischen Zentrale beiseite schieben werden. Es ist ihnen bisher gelungen, trotz des Treibens der kommunistischen Partei, die Republik zu verteidigen. Es wird ihnen auch jetzt gelingen.

Von den kommunistischen Arbeitern aber fordern sie, daß sie die Rechenschaft ablegen vor sich selbst. Rechenschaft über den Schlag, den sie gegen die Arbeiterschaft, gegen die Republik geführt haben. Sie fordern von ihnen, daß sie sich einreihen in die große Front in Reich und Glied marschieren. Sie fordern Solidarität, Ehrlichkeit und Mut zur Verantwortung. Den Mut der Verantwortung, der ein für allemal dem Spud der Kommunistischen Partei ein Ende bereitet, der Hindenburg zum Siege verholfen hat.

Morgenrot?

Es geht bei gedämpfter Trommelklang.

Hindenburg, der „Retter“, hat gesiegt. Kein Wunder, daß die Presse des Reichsblocks, die die Errettung Deutschlands schon seit Jahren fordert, den Sieg als einen Sieg ihrer „großen Sache“ feiert. Ehrlich gesagt, wir hätten mehr Begeisterung und mehr Siegesjubel im Lager der Rechten nach diesem Sieg erwartet, auf den der Voebell-Block selber nicht gehofft hat. Was macht es schon, wenn eine Hymne der „Deutschen Tageszeitung“ durch die Ueberschrift „Morgenrot“ andeuten will, daß eine Art Weltwende beginne. Zwischen den Zeilen selbst dieser Hymne schaut das Einverständnis heraus, daß diese Weltwende vorläufig noch weit

ist. Gerade die „Deutsche Tageszeitung“ setzt auseinander, daß bei dieser Wahl nicht politische Motive ausschlaggebend waren, sondern daß allein die Persönlichkeit Hindenburgs und ihre Wirkung auf bestimmte Kreise der Wählerchaft den Ausschlag gegeben hat.

„Weil diese Wahl frei von allen parteimäßigen Bindungen erfolgt ist, deshalb haben auch die rechtsstehenden Parteien keine Veranlassung, Triumphgefänge auf sich selber anzuklimmen. Es ist ein so tiefgehender Unterschied zwischen der Hindenburgwahl und irgendeiner parlamentarischen, daß es zu ganz falschen Schlüssen bezüglich der inneren Situation führen mußte, wenn man die Stimmziffer Hindenburgs in die Reihe der übrigen Wahlergebnisse stellen wollte.“

Boran die „Deutsche Tageszeitung“ gedacht hat, verrät sie nicht. Lag ihr vielleicht Preußen auf der Zunge? Jedenfalls hält sie es für notwendig, dem Zentrum gut zuzureden, daß es reuig bekehrt in den Schoß des Reichsblocks zurückzukehren möge. So ähnlich klingen auch die Stimmen anderer Rechtsblätter. Auch der „Lokal-Anzeiger“, der sonst morgens und abends die Linke vernichtet, bittet um gut Wetter. Die „Germania“ freilich scheint darüber etwas anders zu urteilen, als wie die Rechte es gerne möchte.

„Die Republik hat eine Bataille verloren. Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. Wir bitten darum.“ Dieses Plakat könnte man heute, nach berühmtem Vorbild, anschlaggen lassen. Die Republikaner sind gestern unterlegen, aber sie haben nicht den mindesten Grund, ihre Sache verloren zu geben. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. 14 600 000 für Hindenburg, 13 700 000 für Marx. Das ist ein so geringer Vorsprung, daß die „Sieger“ sich hüten werden, zu jubeln, und die Unterlegenen nicht einmütig zu sein brauchen. Zumal, wenn man weiß, wer letzten Endes den Ausschlag gegeben, wer den Kampf entschieden hat. Das waren jene unpolitischen Leute, die heute der Name Hindenburg lockt, die morgen aber auch anders können. Und unter denen, die zu Hause geblieben sind, gibt es noch viele, die die Ziele von Marx teilen, die aber nicht den Katholiken Marx wählen wollten. Die Rechte hat, indem sie einen klangvollen Namen mißbrauchte, noch einmal einen Sieg errungen. Es ist ein Pyrrhusieg.“

Deutschland sollte „gerettet“ werden und die „Retzung“ Deutschlands nach der Wahl Hindenburgs, worin besteht sie? Der „Tag“ gibt darauf die Antwort:

„Es ist selbstverständlich, muß aber gerade deshalb heute noch einmal betont werden, daß in der politischen Führung des Reichs durch die Wahl Hindenburgs keine Änderung eintreten wird. Der Sieg Hindenburgs bedeutet nach Vernunftbegriffen eine Stabilisierung der Regierung Luther. Innen- und außenpolitisch liegen die Richtlinien der Regierung Luther—Strefemann—Schiele klar vor Augen. Der Reichspräsident Hindenburg wird, wie hier schon am Sonntag gesagt, die politische Führung seinem verfassungsmäßigen Reichstanzler und dem verfassungsmäßigen Parlament überlassen.“

Wirklich, es bleibt alles beim alten? Das war das Kampziel der Rechten, die Stabilisierung der Regierung Luther—Strefemann? Sollten wir uns so in unseren Freunden getäuscht haben? Daß die „Zeit“ zu demselben Ergebnis kommt, daß auch sie die Beibehaltung des bisherigen außenpolitischen Kurses — „müde Resignation“ nannte ihn Hindenburg — für selbstverständlich hält, das konnte man erwarten. Daß aber der „Tag“ jetzt in dieselbe Kerbe haut, daß der „Lokalanzeiger“ um Veröhnlichkeit bittet, das löst tief bliden. Dachten sie etwa bei der Ueberschrift ihrer Jubelhymne daran, daß es in dem schönen Soldatenlied heißt:

Morgenrot, Morgenrot,
leucht est uns zum frühen Tod!

Der Hauptausschuß des Preussischen Landtages sah von einer Stellungnahme über Kreis- und Provinzialwahlen ab, nachdem der Berichterstatter darauf verwiesen hatte, daß es vielleicht nötig werden könnte, den Wahltag für die Provinziallandtage und Kreistage zugleich für andere Wahlen festzusetzen.

Luther an Hindenburg.

Reichstanzler Dr. Luther hat an Generalfeldmarschall von Hindenburg folgendes Telegramm gefandt:

„Als Ermählter für das höchste Amt, das das deutsche Volk zu vergeben hat, Sie zu begrüßen, ist mir als Reichstanzler eine besondere Ehre. (Auch Freude? Red. d. B.) Voll Dankbarkeit und Verehrung gedenke ich alles dessen, was Ihre Person und Ihr Name für unser Vaterland in Zeiten höchster Kraftanstrengung und tiefster Not bedeutet hat. Ich gebe der aufrichtigen Hoffnung Ausdruck, daß unter Ihrer Reichspräsidentenschaft das deutsche Volk durch wachsende Einigkeit im Innern erstarken und daß auch sein Wiederaufstieg im Kreise der anderen Völker auf den Bahnen friedlicher und gerechter Entwicklung entscheidende Fortschritte machen wird.“

Reichstanzler Dr. Luther.“

Tariferhöhung der Eisenbahn.

Steigerung der Personentartise um 10 Prozent.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft teilt mit, daß sie die Personentartise mit Wirkung vom 1. Mai um 10 Prozent erhöhen muß. Die Bekanntgabe dieser Tariferhöhung wird von einer Erläuterung begleitet, die zum schärfsten Widerspruch herausfordern muß. Die Erläuterung ist ganz offenbar nur zu dem Zweck geschrieben, um eine materielle Verbesserung der Lebenshaltung des Eisenbahnpersonals möglichst unpopulär zu machen und nach beliebigem Muster, die Schuld an der Tariferhöhung allein auf die nimmersatten Arbeiter zu schieben. Die Reichsbahn behauptet, daß nur die Steigerung der Ausgaben für persönliche Kosten die Veranlassung zur Tariferhöhung gegeben habe und daß „bei den heute geltenden Arbeitsbestimmungen“ auch keine Abhilfe geschaffen werden könnte. Der Zweck dieser Begründung liegt viel zu sehr auf der Hand, als daß sie irgendwie ernsthaften Eindruck machen könnte. Im Ausschussrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft sitzen ausschließlich Vertreter schwerindustrieller Interessen. Sie bezwecken dort ihre Rariposition, um zu verhindern, daß dem Bruttoverdienst in der Privatindustrie durch Lohnbewegungen Schwierigkeiten gemacht werden. Die Tariferhöhung ist nach dem Gesetz an die Zustimmung der Reichsregierung gebunden. Die Regierung wird dem Reichstag jedenfalls andere Unterlagen vorlegen müssen, als sie die Reichsbahn bei ihrer offensichtlich nur von Scharfmacherischen Gedankengängen diktierten Mitteilung der Öffentlichkeit unterbreitet hat.

Reichsblock-Rowdytum.

Zusammenstöße in Stettin.

Was die im Reichsblock vereinigten Stahlhelmer und Werwölfe in Berlin können, das können sie draußen im Lande selbstverständlich auch. So wurde am Bahnhof in Stettin ein ganz besonders gemeiner Ueberfall von einer Lastkraftwagenkolonne des Reichsblocks, die aus fünf Fahrzeugen bestand und mit 180 Mann besetzt war, auf einen Personenkraftwagen des Volksblocks ausgeführt. Nach dem amtlichen Polizeibericht spielte sich dieser Ueberfall so ab, daß „beim Ueberholen der Kraftwagenkolonne dem Reichsbannerwagen von den Reichsblockleuten der Weg versperret wurde, so daß er anhalten mußte.“

Der Führer des Wagens erhielt einen Schlag mit einem Eisenstod über den Kopf, daß er für fünf Minuten betäubt wurde. Auf die übrigen Anassen wurde ebenfalls eingeschlagen, zwei wiesen bei der Vernehmung Verletzungen am Kopf und an der Hand auf, ein weiterer hatte starke Beulen auf dem Kopfe.

Bei der polizeilichen Untersuchung der Angehörigen des Reichsblocks wurden 2 Pistolen, 12 Gummiknüppel, 2 Stahlruten, 6 Totschläger, 1 Räder, 1 Schlagring und 1 Stod mit 30 Zentimeter langer Eisenspitze festgestellt; bei den Angehörigen des Volksblocks wurden keine Waffen gefunden.“

So sind sich die nationalsozialistischen Rowdys überall gleich. Mit Revolvern und Gummiknüppeln ersehnten sie ihre Siege.

April.

Von Iwan Hellbut.

Wie ein seltsamer Morgen in meiner Kindheit, dessen ich mich erinnere, geht das Leben vorüber.

Damals erwachte ich und war fröhlich. Denn durch die Gardinen schien die Sonne des Frühlings. Ich schloß die Augen und schlummerte noch einmal ein. Als ich die Lider öffnete, war es dunkel im Zimmer, die Sonne war aus der Welt verschwunden. Da wollte ich überhaupt nicht aus dem Bette, so traurig machte mich das. Nach wenigen Minuten tat ich die Augen unversehens wieder auf und sah, die Sonne war wieder gekommen. Wie wunderbar, dachte ich, und schloß die Augen nicht wieder zu. Ich lächelte auf die Gardine. Da sah ich nach kurzer Zeit die Sonne verschwinden. Als ich aber darüber traurig geworden war, kam sie wieder. — Sie will mich trösten, sagte ich zu mir selber, sie will nicht, daß ich traurig bin. — Aber immer wieder verschwand sie und machte das Zimmer düster und machte mich traurig, daß ich mir nicht zu helfen wußte. Aber immer wieder kam sie zurück und machte mich wieder glücklich und gab mir die Hoffnung, sie würde nun für den ganzen Tag in der Stube bleiben.

So lag ich wohl drei Stunden lang in meinem kleinen Bette und sah, wie mich die Sonne täuschte und immer wieder fröhlich machte. Ich wußte nicht, wie es am Ende bleiben sollte. Das Licht und die Dunkelheit kamen und gingen.

Dann meinte ich endlich, es würde über den langen Tag nicht mehr enden, dies ewige Wechseln. Ich stand auf und klebete mich an und klammerte mich nicht mehr darum, was die Sonne tat. — Genau so hat sich die Sache im ganzen zugetragen.

In meiner Jugend sah ich die Welt und war fröhlich. Die Berge und die Täler und Berge und Täler untereinander, die Menschen und die Tiere und alle untereinander sah ich verbunden in Liebe. Als ich einmal aus einem schönen Schlummer die Augen öffnete, sah ich plötzlich nichts als Zerrissenheit, Haß und Getrenntheit. Da verging mir die Freude am Leben, ich machte die Augen zu. Aber ich tat sie bald wieder auf und alles war wieder vor mir ein einiges Leben in Liebe. Da hielt ich die Seele wach und merkte nun, daß darin ein ewiger Wechsel war. Wenn die Liebe mit ihrem Glanz mich ganz erfüllte, wachte der Haß mich auf. „Ach“, sagte er mir in das Herz, „bin die Wirklichkeit der Welt.“ — Wenn ich ihm hingegeben war und nichts als Zwietracht sah und nichts als Bitteres hörte und sprach — tief mir die Liebe in die Seele: „Nur, in welcher Täuschung lebst du gefangen. Ich, die Liebe, bin die lebendige Triebkraft der Welt. Ich bin die Wirklichkeit. Siehst du mich nicht überall!“ Aber immer wieder rief der Haß mir in's Herz und zeigte mir die einzelnen Wesen, wie sie sich schlugen und blen, von ihm erfüllt. Dann wandte ich mich vom Leben ab und suchte den Ausweg aus solcher Welt. Aber immer

wieder kam die Liebe zurück und kam eben dann, wenn der Haß mich zerstören wollte. Und dann meinte ich, sie wollte immer in mir bleiben und in der Welt. Denn wenn die Liebe in meinem Herzen war, war die Liebe auch in der Welt.

Viele Jahre hat mich die Liebe getäuscht und wieder veröhnt, über die Abgründe hat sie Brücken geschlagen, um alles Lebendige hat sie ein Band geschlungen, das alles hält — dann kam der Haß mit Messern statt Händen und riß es entzwei. Alles Lebendige fiel auseinander, mitten im Raume stand ich vereinsamt zwischen Vereinsamten, die sich betragten.

Es wird niemals enden, dies ewige Wechseln — ich weiß es. Darum versuche ich täglich, zu werden wie ich damals als Knabe war: Ich stand auf und ließ die Sonne tun wie sie wollte. Was gingen mich ihre Lannan an?

Aber in mir weiß ich gewiß, daß die Frage: ob Haß oder Liebe allem Lebendigen innewohnt — nicht eher zur Ruhe geht, als das Herz, das diese Frage rascher bewegt, selber zur Ruhe gegangen ist.

Eine Kommission zur Entlarvung von Medien, die im November 1923 in Wien zur Untersuchung aktueller Phänomene eingesetzt wurde und aus hervorragenden Gelehrten besteht, hat jetzt einen Bericht über ihre Ergebnisse veröffentlicht. Es gelang zwei Fällen, vielgenannte Medien, die ganz überraschende Phänomene gezeigt hatten, zu entlarven. Das eine Medium konnte bei der Ausführung verschiedener Tricks erlappert werden. Bei dem anderen wurde eine ganz genaue Feststellung dadurch verhindert, daß es sich den Kontrollmaßnahmen der Kommission entzog. Ein drittes Medium lehnte es überhaupt ab, sich der Kommission zu stellen, und diese hat daher beschlossen, ihre Tätigkeit aufzugeben.

Die älteste Republik in Europa. Zwischen den französischen Departements Artois und Katalonien liegt das Gemeinwesen Andorra, eine demokratische Bauern- und Hirtenrepublik von etwa 500 Quadratkilometern Ausdehnung, mit rund 18 000 Einwohnern. Dies winzige, in die große französische Republik eingeprengte Staatsgebilde ist so ziemlich das älteste demokratische Gemeinwesen, das man kennt. Es hat bis heute noch den Verwaltungsapparat und die militärische Einrichtung, die ihm im Jahre 808 Ludwig der Fromme gegeben hat, und wird auf Grund der Verfassung regiert, die Karl der Große, der Begründer der Unabhängigkeit dieser Bauernrepublik, für sie ausarbeitete. Mit der vorstreckenden Gewalt und der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten ist ein Landvogt, der sogenannte Viguer, betraut. Die Gemeinwesen der Andorraner ist im übrigen eine kriegerische; denn jeder Mann vom 16. bis zum 60. Jahre ist militärpflichtig und gehalten, sich auf eigene Kosten zu bewaffnen. Trotz diesem urwüchsigen Militarismus sind die Andorraner ein friedliches und gastfreundliches Volk, das katalonisch und kastilianisch spricht. Das Land steht jetzt politisch unter dem Schutz von Frankreich. Frankreich erhält für die Ausübung der obersten Schutzrechte die Zustimmung zollfreier Getreideeinfuhr und eine jährliche Abgabe von 960 Frank. Dieser Tribut wird an den französischen Präfekten des Departements Pyrénées abgeführt. Um aber die Kosten der Uebermittlung der

abzuführen, geschieht das so, daß alle zwei Jahre je zwei Jahrestaten, jeweils also 1920 Frank, abgeführt werden. Das ist auch in diesen Tagen wieder geschehen. Unter Führung ihres „Viguier“ traf die Abordnung der Andorraner mit dem Gelde bei dem Präfekten ein, und zu Ehren der Gesandtschaft fand, wie üblich, ein festliches Frühstück statt.

1000 Gewitter in der Minute. In jeder Minute entloden sich durchschnittlich auf der Erde 1000 Gewitter, und auf die Sekunde kommen 100 Blitze, 360 000 Blitze auf die Stunde. Diese erstaunlichen Zahlen finden sich in einer statistischen Abhandlung von E. B. Brooks, die das Meteorologische Amt des englischen Luftministeriums veröffentlicht. Nach den Feststellungen von Brooks zählt man im ganzen Jahr 16 Millionen Gewitter oder 44 000 täglich. In dieser Statistik sind die Berichte von mehr als 3000 Wetterstationen verarbeitet. Auf einzelnen tropischen Stationen sind in den Regenzeiten Gewitter so häufig, daß die Beobachter sie garnicht alle in ihre Register eintragen können. Die gewitterreichste Gegend der Erde dürfte Java sein, und deshalb wird man dieses Land bei der Wahl der Aufwege nach Australien möglichst vermeiden. Gegend, in denen Gewitter selten oder nie vorkommen, sind der Nordpol und der Südpol. Während einer Polar-Expedition, die zwei bis drei Jahre dauert, erlebt man ein oder höchstens zwei Gewitter.

Ferdinand Lassalle, der Mensch und Politiker in Selbstzeugnissen. Unter diesem Titel hat Konrad Haentisch eine Auswahl aus den Schriften, Briefen und Tagebuchaufzeichnungen Lassalles als Band 43 von Kröners Taschenausgabe (Friedr. Kröner Verlag in Leipzig) herausgegeben, aus der wir den Werdegang, das politische Wirken und die menschliche Persönlichkeit des großen Vorkämpfers des modernen Sozialismus sehr lebendig verfolgen können. Der Herausgeber hat der Sammlung eine verständnisvolle, die Eigenart von Lassalles schöpferischer Leistung anschaulich würdiggende Einleitung vorausgeschickt und läßt in den nachfolgenden Selbstzeugnissen das Bild Lassalles von seinem fünfzehnten Lebensjahre bis zu seinem tragischen frühen Tode vor uns entstehen. Dabei sind nicht nur die wichtigsten politischen Bekenntnisse berücksichtigt, sondern auch die menschlichen Leidenschaften dieses Stürmers und Drängers und sein Verhältnis zu bedeutenden Künstlern wie Richard Wagner, Hans v. Bülow u. a. Das in schönem, klarem Druck und vorzüglicher Ausstattung erschienene Halbleinwandbändchen, das zu dem billigen Preise von 2 Mark erhältlich ist, bildet eine wertvolle Einführung in Lassalles Lebenswelt und zugleich einen schönen Befehl für die Bücherei jedes Sozialisten.

Kolbes Ober-Büste. Der Stellvertreter des Reichspräsidenten hatete Prof. Kolbe in seinem Atelier einen Besuch ab und besichtigte dort unter anderen Werken dieses Bildhauers die für den Reichstag bestimmte Büste des verstorbenen Reichspräsidenten Ober.

Ausschussrat in Darmstadt. Als Protest gegen die geplante internationale Kunstausstellung des Hess. Künstlerates wird in Darmstadt von einem Kunstlehrer und dem Prof. Adolf Deber, dem Angehörigen der hessischen Staatsverwaltung im Halle Dr. eine „Großdeutsche Kunstausstellung“ veranstaltet werden. 10 000 M. wurden diesen beiden Herren von der Stadtdirektion bewilligt.

Die Witwe Emile Jolas ist im Alter von 80 Jahren in Paris gestorben.

Die Stimme des Rheinlands.

Köln, 27. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Ausfall der Reichspräsidentenwahl hat die Befürchtungen für das besetzte Gebiet wieder stark akut werden lassen. In Köln konnte schon am Montag früh beobachtet werden, wie von separatistischer Seite die Wahl des Generals Hindenburg benutzt wurde, um erneut Wählarbeit gegen die Deutsche Republik zu leisten. Im Stadtmuseum kam es an mehreren Stellen zu stärkeren Menschenansammlungen, wobei separatistische Sendboten beobachtet wurden, die offenbar nach einem bestimmten Plan für eine neue separatistische Bewegung im Rheinland Propaganda trieben. Es ist zu befürchten, daß unter dem frischen Eindruck des Wahlausfalls diese Propaganda verhängnisvolle Wirkungen hat.

Das führende rheinische Zentrumsblatt, die „Königliche Volkszeitung“, betont am Montagabend zu dem Ausfall der Reichspräsidentenwahl, daß man im Zentrum ein scharfes Auge auf alle diejenigen haben werde, von denen man wisse, daß sie in der Präsidentschaft Hindenburg etwas anderes sehen als die Sachwalterin der Republik. Man werde sich von diesen politischen Hintermännern nicht überdöseln lassen und jede politische Bewegung mit Aufmerksamkeit verfolgen. Man werde dieser Bewegung dann in den Arm fallen, wenn sie das eben erst gebildete und in der Weimarer Verfassung geeinte Reich etwa obwegige Straßen führen wolle.

Barmat...

Die Ausschubarbeit beginnt wieder.

Der preussische Untersuchungsausschuß nahm am Montag seine Arbeiten wieder auf. Die geplante Vernehmung des Reichsaussenministers Dr. Stresemann mußte wegen Erkrankung des Zeugen verschoben werden. Freiherr v. Reibnitz, Direktor und späteres Aufsichtsratsmitglied der Merkurbank, bekundet, daß ihm Dr. Stresemann lediglich eine Empfehlung für den deutschen Botschafter in London mitgegeben habe. Nicht wegen Kreditgewinnung, sondern zur Durchführung wissenschaftlicher Studien habe er sich seinerzeit nach England begeben.

Mehrere Zeugen werden dann vernommen über eine Unterredung, die Julius Barmat im Jahre 1920 in Begleitung des Reichskanzlers a. D. Bauer mit dem damaligen Reichsernährungsministers Dr. Hermes hatte. Im sächsischen Wirtschaftsministerium war Stresemann der stellvertretende Vorsitzende der Reichsstelle v. Löffow erschienen und warnte vor weiterer Geschäftsverbindung mit Barmat. Der sächsische Wirtschaftsminister Schwarz verlangte daraufhin von der Reichsstelle Befragungsmaterial. Die Antwort der Reichsstelle war, daß Herr v. Löffow nicht im Auftrag der Reichsstelle, sondern als Privatperson gehandelt habe. Eine zufriedenstellende Antwort hat Schwarz, wie er vor dem Ausschuß bekundet, nicht erhalten. In einer persönlichen Unterredung mit dem Reichsernährungsminister Hermes, die in Gegenwart des Reichskanzlers a. D. Bauer stattfand, wurde Schwarz auf eine Auskunft des auswärtigen Amtes verwiesen. Dort wurde ihm jedoch erklärt, daß gegen Barmat keine positiven Anschuldigungen vorlägen. Minister a. D. Hermes erklärt, daß Reichskanzler a. D. Bauer bei den verschiedenen Besprechungen mit ihm niemals versucht habe, auf ihn einen Druck zugunsten Barmats auszuüben. Auf eine Frage des Abg. Marxwald (Soz.) über die Erfahrung des sächsischen Wirtschaftsministeriums mit Barmat erklärt Schwarz, daß die Geschäfte von Barmat in der einwandfreiesten Weise abgewickelt worden seien. Weiter bekundet er, Barmat für wohlthätige Zwecke interessiert zu haben. Dieser habe für ein Tuberkulosekinderheim der Amshauptmannschaft Birna bedingungslos 250 000 Mark zur Verfügung gestellt. Ihm sei nicht eine elegante Wohnung in diesem Heim zur Verfügung gestellt worden, sondern nur ein Zimmer zur Besichtigung und Beobachtung des Betriebes.

Es kommt dann ein Bericht des deutschen Generalkonsulats in Amsterdam über Barmat zur Erörterung. Darin wird behauptet, daß Barmat von einer Auslandskolonie als „Schieber (Schlimster Sorte)“ bezeichnet worden sei. Reichskanzler a. D. Bauer stellt als Zeuge fest, daß Staatssekretär Bone diesen Bericht nicht als Hindernis für Geschäftsabschlüsse bezeichnet habe. Direktor Biltzow erklärt, im Sommer 1919 sei die Lage so schlimm gewesen, daß man froh war, als Barmat als erster den Mut hatte, mit dem Reich Geschäfte gegen Akzepten zu machen und dem Reich tatsächlich Kredit zu geben. Abg. Robert Schmidt (Soz.) weist darauf hin, daß der deutsche Handel damals angeht, der politischen Unruhen, deren eigentliche Ursache die Ernährungsnotwendigkeiten waren, keinen Kredit im Ausland bekam. Er habe als Reichswirtschaftsminister verlangt, daß Barmat wegen seiner politischen Stellung sein Geschäft abgeteilt werden dürfe, sondern daß er ebenso behandelt werden müsse wie jeder andere.

Verhaftet, erschossen, verhaftet...

Bulgarischer Tagesbericht.

Sofia, 27. April. (W.B.) In Gabrowo wurde ein Kommunistenest entdeckt, in dem sich fünf Verschwörer versteckt hatten. Bei der Aushebung durch die Polizei wurden drei Verschwörer getötet, da sie sich widersetzen. — Der Kriminalpolizei ist es gelungen, verschiedene Mitglieder der ehemaligen agrarkommunistischen Verschwörerorganisation, darunter den Justizminister der Regierung Stambouli, Dr. Zarmulanski, zu verhaften.

Die bulgarische Botschaft in Berlin dementiert alle Meldungen über Judenverfolgungen.

Die bulgarische Zensur über Auslandsdepeschen soll aufgehoben sein.

Bezeichnend genug für die bulgarischen Zustände ist eine offiziöse Sofia-Meldung, wonach eine Abordnung der Bauernpartei dem Ministerpräsidenten Jankoff verriet, daß sie mit Gewalttaten nichts zu tun habe, sie verurteile und um die Erlaubnis bat, eine Kundgebung in diesem Sinn veröffentlichen zu dürfen...

Die bulgarische Regierung hat leghin bestritten, daß bulgarische Minister Parlamentsreden gegen die südslawische Regierung gehalten haben. Jetzt hat der bulgarische Gesandte dem südslawischen Außenminister Dr. Rintisch das Bedauern über die Erklärungen des bulgarischen Außenministers Kalzoff und des Innenministers Rusloff ausgesprochen.

Mussolini will deutsche Blätter kaufen.

Wie wir hören, hat das Presseamt des italienischen Außenministeriums die diplomatische Vertretung in Berlin angewiesen, vorsichtig zu sondieren, ob nicht ein großes Berliner Blatt zu kaufen wäre. Vermittler für diese Transaktion soll ein Mitglied der faschistischen Organisation in Berlin sein. In Frage sollte, nach italienischer Ansicht, vor allem die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ kommen, die die Stinneschen Erben schon seit geraumer Zeit gegen ein lohnendes Angebot abstoßen wollen. Mit der bisherigen Propaganda ihrer Berliner Agenten ist die italienische Regierung in höchstem Grade unzufrieden. Parallel mit dem Versuch, die faschistische Propaganda in Berlin zu verstärken, laufen ähnliche Bestrebungen in Paris, wo ein gewisser Mazzotti Biancetti, dessen Reichtum von recht zweideutiger Herkunft ist, sich um den Ankauf von Pariser Zeitungen bemüht hat. Vorderhand hatte er hierbei allerdings keinen Erfolg zu verzeichnen.

In Kurdistan arbeiten jetzt nach Niederwerfung des Aufstandes die türkischen Kriegsarbeiter mit Waffenbündeln.

Der geheime Militärputsch in Libanon hat zum Rücktritt des Kriegsministers geführt. — Nach englisch-mesopotamischen Mustern wurden wegen Widerständigkeit von Eingeborenen zweier portugiesischer Inseln an der Guineaküste (Westafrika) mehrere Dörfer mit Fliegerbomben beworfen.

Auslandswirkung der Wahl.

Jubel der Deutschenfeinde.

Paris, 27. April. (Eigener Drahtbericht.) Hier erwartet man von der Laizache der Wahl Hindenburgs eine Besserung und Festigung der französisch-englischen und der französisch-amerikanischen Beziehungen. Allerdings glaubt man auch, daß eine Rückwirkung auf die am 3. Mai stattfindenden französischen Gemeindevahlen nicht ausbleiben wird; die Stellung der Regierung würde im Falle eines Rücks nach rechts erheblich erschwert werden.

In den französischen Linksparteien gibt man der Befürchtung Ausdruck, daß die Annäherungspolitik, die in der letzten Zeit immer mehr an Boden gewonnen hat, in Frage gestellt werde. Andererseits stellt man mit Befriedigung fest, daß die Zahl der Stimmen für Marx und Thälmann die Stimmenzahl Hindenburgs übersteigt und daß das Wahlergebnis also von einer ausgesprochen antimonarchistischen Stimmung Deutschlands zeugt. Auch der Umstand, daß Hindenburg sich selbst verzeugnen und mit einem republikanisch-pazifistischen Programm auftreten mußte, wird hier als ein Beweis für die Stärke der demokratischen Idee in Deutschland gedeutet. Die Wahl, schreibt der linksstehende „Paris-Soir“, erscheint als ein Zwischenfall in dem Kampf des demokratischen Deutschland gegen die Reaktion und es kommt ihr daher eine symbolische Bedeutung zu. Das Blatt hat Vertrauen in das demokratische Deutschland. Die Gefahr werde die Energie der Republikaner und Pazifisten nur stärken. Die „Information“ erklärt, die Wahl Hindenburgs werde keineswegs die deutsch-französische Annäherung und die Wiederherstellung eines normalen Zustandes in Europa fördern. Der Name allein bedeute ein Programm, das der Nichterfüllung. In dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund habe man einen Weg zur Wiedererlösung finden wollen, aber die Deutschnationalen seien gegen diese Politik, die Deutschland noch einmal zu einer Anerkennung des gegenwärtigen Status in Europa führen müsse.

In den rechtsstehenden Kreisen legt man über den Wahlausfall eine große Befriedigung an den Tag. Die rechtsstehende Presse läßt sich die Gelegenheit nicht entgehen, von einem Zusammenbruch der Annäherungspolitik zu sprechen. Der „Temps“ bezeichnet die Wahl Hindenburgs als eine Herausforderung an die Alliierten, überhaupt ganz Europa und Amerika. Die Lage sei nunmehr geklärt. Deutschland habe sich selbst die Waage heruntergerissen, die manche an die Aufrichtigkeit seiner republikanischen und demokratischen Gefühle glauben ließ. Hinter dieser Waage sehe man nunmehr das Anlitz Hindenburgs, das davon zeugt, daß Deutschland sich selbst treu geblieben sei in seinen kriegerischen Instinkten und seinem Willen zur Macht.

Eine offiziöse englische Erklärung.

London, 27. April. (Reuter.) Hiesige politische Kreise, die von der Wahl Hindenburgs keineswegs überrascht sind, geben der Ueberzeugung Ausdruck, daß die bisherige Außenpolitik Deutschlands durch das Ergebnis der Präsidentschaftswahl keinerlei Änderung erfahren wird. Sie betonen, daß die Regierung dieselbe ist und daß die deutschen Sicherheitsvor schläge weiterhin „auf dem Tisch liegen“. Wenn auch kein Hehl aus der Ueberzeugung gemacht wird, daß die Luftstimmung Hindenburgs im gegenwärtigen Augenblick ein „psychologischer Fehler“ sei, dessen Auswirkung auf die französische öffentliche Meinung und einen Teil der englischen öffentlichen Meinung die Bemühungen der britischen Regierung, in der durch die deutschen Vorschläge gegebenen Richtung fortzuführen, nicht gerade erleichtert, so wird doch die Auffassung vertreten, daß nach der Absage der britischen Regierung an das Genfer Protokoll ein anderer Plan als der von der britischen Regierung befürwortete Sicherheitspakt der Westmächte nicht in Betracht kommt. Dem europäischen Frieden werde am besten dadurch gedient, wenn nach dem Abflauen der Erregung eines Teils der öffentlichen Meinung in den alliierten Ländern über die Entscheidung des deutschen Volkes in der bisherigen Richtung fortgeföhren wird.

Man vergißt keineswegs, daß der Vorkriegsschlag schließlich von einer Rechtsregierung in Deutschland stammte; es scheint kein Grund zu der Annahme zu bestehen, daß Deutschland irgend welche Absicht hat, seine bisherige Haltung in einer der bisherigen Fragen zu ändern. Wie weit die Wahl vielleicht künftige Erörterungen mit der französischen Regierung in Fragen beeinflusst, die für den Augenblick mehr oder weniger ruhen, kann nicht vorausgesehen werden. Aber der Ton gewisser Organe jenseits des Kanals deutet darauf hin, daß eine Tendenz besteht, die die künftigen Besprechungen nicht leichter gestalten wird.

„Selbstverschuldete Isolierung Deutschlands“.

London, 27. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Wahl Hindenburgs trifft die öffentliche Meinung Englands völlig unvorbereitet, da man in allen Kreisen bis in die letzte Stunde mit einem Sieg von Marx gerechnet hatte. Die Londoner Abendpresse kommentiert am Montag in ausführlichen Artikeln die durch Hindenburgs Wahl geschaffene Lage. Der liberale „Star“ weist auf das Verhängnisvolle dieser Lage hin, das darin besteht, daß die Wahl Hindenburgs die verpöbelte Frucht des Poincarismus sei und wieder zu Poincaré zurückführen werde. Der Ausgang der Wahl werde

zweifellos für Deutschland innen- und außenpolitisch katastrophale Folgen

haben. Wörtlich schreibt das Blatt: „Seit durch die große Umwälzung des Jahres 1918 die alte Welt zerfallen wurde, sind die Nationen Europas durch die Bande des Selbstinteresses und der Menschlichkeit aneinander gekettet. Wir bedauern, daß die deutschen Wähler ein hölzernes Götzenbild über diese gemeinsamen Interessen gestellt und damit den Frieden und das Wohlergehen für ihr Land verlor.“

„Evening News“ warnt die englischen Landsleute vor einer Panik und erwartet die Erkenntnis von Hindenburg, daß Frieden und Sicherheit nicht nur im Interesse Europas und der Welt liegen, sondern auch für Deutschland wünschenswert seien.

In allen politischen Kreisen Englands herrscht Bestürzung, da man in dem Ausgang der Wahl die Rückkehr zum alten Deutschland der Nachpolitik sieht. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die deutsche Diplomatie schon in der aller-nächsten Zeit die Wirkungen dieses Mißtrauens spüren wird, das durch Hindenburgs Wahl erzeugt wurde. In den diplomatischen Kreisen Londons wird der Tag, der die Wahl Hindenburgs brachte, als Beginn einer neuen,

vom deutschen Volke selbstverschuldeten Isolierung Deutschlands

bezeichnet. In den britischen Regierungskreisen ist man zurückhaltend, jedoch verheißt man nicht die Auffassung, daß man die Niederlage von Marx bedauere. Außerdem befürchtet man von einem Regime Hindenburgs, daß unkontrollierbare Rätegeber des neuen Reichspräsidenten mitspielen.

Erste Stimmen aus Nordamerika.

New York, 27. April. (W.B.) „New York Times“ meldet aus Washington: Hindenburgs Wahl wurde mit verschiedenen Gefühlen aufgenommen. Die allgemeine Ansicht war aber, daß diese Wahl mit einer reaktionären Bewegung oder mit der Aufhaltung der wirtschaftlichen Erholung Deutschlands nicht notwendigerweise gleichbedeutend sei.

Abg. Fish, Mitglied des Kongressausschusses für auswärtige Angelegenheiten, erklärte, daß er nicht glaube, die Wahl Hindenburgs sei von großer Bedeutung. Er hoffe und glaube vielmehr, daß sie, was die Haltung der amerikanischen Regierung und der amerikanischen Bankiers betreffe, nicht ein Sota ausmache. Auch bedeute sie nach seiner Ansicht keine Gefahr für die republikanische Regierungsform.

Der ehemalige Außenminister Lansing erklärte, er habe großes Vertrauen zu dem gesunden Menschenverstande des deutschen Volkes und glaube nicht, daß das Wahlergebnis eine reaktionäre Bewegung bedeute, wenn es auch konservative Anschauungen zum Ausdruck bringe.

New York, 27. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Wahl Hindenburgs hat hier geradezu Bestürzung und Enttäuschung hervorgerufen. Die ganze Presse bringt das Bild Hindenburgs in Kriegsuniform mit Marschallstab. Die propagandistische Wirkung dieser Bilder ist aus dem Krieg bekannt.

Die Wahl hat Deutschland ein gut Stück der freundlichen Beurteilung in der letzten Zeit gekostet.

„New York Herald“ schreibt, daß die Wahl Hindenburgs geradezu die Politik der Nichterfüllung bedeute. Der Stimmungsumschwung in Amerika werde in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht großen Schaden für Deutschland anrichten. Deutschland habe sein wahres Gesicht gezeigt und die ganze Welt zu äußerster Vorsicht gemahnt.

Die Montagabendblätter signalisieren den völligen Umschwung der amerikanischen Stimmung gegen Deutschland.

General Allen äußerte: Ganz Amerika betrachte die Wahl Hindenburgs als einen Schlag gegen die deutsche Republik.

Die „Chicago Tribune“ kündigt die neue wirtschaftliche und politische Isolierung Deutschlands an. Deutschland habe die Monarchie gewählt, deren Pfahhalter Hindenburg sei.

Besorgnisse der Deutschschweizer.

Bern, 27. April. (W.B.) Die „Neue Zürcher Zeitung“ bemerkt zur Wahl Hindenburgs: Der erste Eindruck dieser Wahl ist lähmend. Wer im Ausland der Auffassung ist, daß das Vertrauen in den Bestand der deutschen Republik eine Voraussetzung des europäischen Friedens darstellt, kann die geistige, von politischer Sentimentalität gekennzeichnete Entscheidung des deutschen Volkes nur als verhängnisvoll betrachten.

Die „Basler Nachrichten“ schreiben: Wenn der deutsche Wähler auf das Schwort Cailaux mit Hindenburg antwortet, werde der französische Wähler dann nicht Poincaré antworten?

Bestürzung in Prag.

Prag, 27. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Wahl Hindenburgs hat in der demokratischen Tschechoslowakei tiefste Bestürzung hervorgerufen. Besonders die Freunde des friedlichen Ausgleichs mit Deutschland, deren Position durch die Hindenburgwahl wesentlich geschwächt wird, sind geradezu konsterniert. Die Tschechoslowaken benutzen das Wahlergebnis zu einer Hege gegen Deutschland, dem Kriegsgelüste vorgeworfen werden. Ein tschechisches Abendblatt läßt sich z. B. aus Berlin melden, daß unter einer anscheinend ruhigen Oberfläche kriegerische Stimmung herrsche; besonders gegen Polen. Gegenüber dieser unverantwortlichen Hege einiger Blätter, bewahren die amtlichen Kreise ruhiges Blut; ihre Meinung geht dahin, daß man abwarten müsse, was der neue Reichspräsident sprechen und tun werde. Das tschechische sozialdemokratische „Pravo Lidu“ (Volksrecht) erklärt die Wahl für geeignet, die Seele der ganzen Welt zu erschüttern. Das politische Anlitz Europas nehme neue Formen an; die ganze fortschrittliche Welt müsse auf der Wahl sein.

Die „Blätter“ verweisen auf das traurige Verdienst der Kommunisten; sie nennen Hindenburgs Wahl eine nur schlecht verhängte Rückkehr zum Kaiserthum.

Auch die Prager Börse reagierte auf die Wahl Hindenburgs durch eine Baiffe, die aber bei Börsenschluß teilweise wieder eingeholt war. In den Finanzkreisen herrscht eher eine optimistische Auffassung. So schreibt der Prager „Börseurier“: Man darf den Einfluß eines Staatspräsidenten nicht überschätzen. Man darf nicht glauben, daß Hindenburg ab heute die deutsche Politik machen wird. Das Wahlergebnis sei politisch für Deutschland sicherlich negativ, weil die Welt aufs neue Mißtrauen gegen Deutschland fassen und weil es geräumer Zeit bedürfen werde, dieses Mißtrauen zu zerstreuen. Das Blatt warnt aber davor, das Wahlergebnis zu überschätzen.

Deutschösterreich und die Wahltoheit.

Wien, 27. April. (Eigener Drahtbericht.) Alle Wiener Blätter geben der Mißstimmung über die Wahl Hindenburgs Ausdruck. Die „Arbeiter-Zeitung“ (soz.) schreibt: Was immer im Ausland den Haß gegen Deutschland predigt, wird aus dieser Wahl unendliche Rührung gewinnen. Den Imperialisten in West und Ost, den Todfeinden Deutschlands in Paris und Warschau, hat der Wahltag einen unschätzbaren Erfolg bereitet. Sie werden es nun als erwiesen erklären, daß das kriegerische, kriegdrohende Deutschland von einst wieder lebendig und machtvoll auferstanden sei. Sie haben für die Agitation für dauernde Besetzung des Rheinlands, für die Hege gegen den Dames-Plan wertvolle Waffen gewonnen. In Wahrheit ist freilich der Sieg Hindenburgs der Sieg einer Stimmungsmache, da die politische Indifferenz diesmal zur Wahlurne gegangen sind, um für den Sieger von Tannenberg ihre Stimme abzugeben und doch hätte dieses Aufgebot von Gefühlsstimmungen für einen historischen Glets den Sieg nicht entschieden, wenn nicht die Kommunisten Hindenburg zu Hilfe gekommen wären.

Die „Neue Freie Presse“ (lib.) schreibt: Die Wahl Hindenburgs ist ein Rückstoß. Wenn die Dinge sind stärker als die Menschen. Der Fortschritt wird sich verlangsamen, aber er ist nicht aufzuhalten.

Das „Neue W. Tagblatt“ (dem.) schreibt: Daß die deutsche Wählerchaft die naheliegenden und ersten Bedenken in den Wind schlug, die gegen den Namen Hindenburg sprechen, ist zu beklagen. Die Brandstifter und Brunnengründer in den Ententeländern werden die Wahl Hindenburgs als ein Zeugnis dessen hinstellen, daß Deutschlands Demokratisierung nur Trug war und die militärischen Instinkte, die monarchistischen Reigungen, die Hoffnungen auf blutige Revanche in einem einzigen ungeheuren Aufkommen alle staatsmännischen Reigungen zurückgedrängt haben.

Die „Reichspost“ (dr.-soz.) erklärt,

die größte Volkstäuschel hat gegliedert und die Politik ist unterlegen.

Die Rücksicht auf den politischen Eindruck im Ausland habe einer Wahl Hindenburgs widerstanden. Es kommt weniger darauf an, was Hindenburg wolle oder zu wollen erklärt, als darauf, was ihm die Welt zuschreibt und von ihm befürchtet. Es sei nationale Pflicht gewesen, auf diese Dinge aufmerksam zu machen und zu warnen. Die relative Mehrheit habe das Risiko auf sich genommen.

Wien, 27. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Deutschnationalen (eine kleine Parteigruppe) wollen aus Anlaß der Wahl Hindenburgs eine besondere Propagandaaktion für den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland einleiten. In den ersten Wochtagen beabsichtigen sie große Demonstrationen zu diesem Zweck. Die stärkste Anschließsfeindin, die österreichische Sozialdemokratie, würde sich einen Anschluß an das Deutschland Hindenburgs stark überlegen.

Gewerkschaftsbewegung

Zum 1. Mai.

Die Kappisten und Faschisten fühlen sich wieder. Sie haben mit Hilfe der Geldkräfte der Unternehmer, der Gefühlsduselei der politischen Analphabeten und der KPD. einen Sieg errungen. Es ist Sache der klassenbewußten gewerkschaftlich und politisch geschulten Arbeiterklasse, allen Reaktionen und allen Helfershelfern der Reaktion zu zeigen, daß ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen. Dazu bietet der 1. Mai die nächste und beste Gelegenheit.

Die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben für ihre Mitglieder und Berufsangehörigen Versammlungen einberufen, um der Arbeiterschaft Gelegenheit zu geben, diese internationale Kundgebung würdig zu begehen.

Es ist notwendig und wichtig, daß die Funktionäre in den Betrieben, soweit es nicht schon geschehen ist, alle Kollegen und Kolleginnen auf diese Versammlungen hinweisen und veranlassen, daß der 1. Mai in diesem Jahre durch allgemeine Arbeitsruhe zu einer wichtigen Kundgebung wird.

Es ist jetzt notwendiger als je, daß sich die deutsche Arbeiterklasse darauf besinnt, daß ihre Kraft in ihrer Geschlossenheit liegt, die die einzige, aber auch sicherste Bürgschaft ihrer Unüberwindlichkeit ist. Die deutsche Arbeiterklasse muß am 1. Mai dem internationalen Proletariat den Beweis liefern, daß sie der militaristischen Verhimmelung nicht unterliegt, sondern nach wie vor für den Verständigung der Völker, für die Frieden einzutreten bereit und entschlossen ist. Die deutsche Arbeiterklasse muß auch der inneren Reaktion den offensichtlichen Beweis liefern, daß sie entschlossen ist, am 1. Mai den Tag festzuhalten und ihn zur Schau zu holen, da, wo er ihr vorübergehend entrispen worden ist. Sie muß auch am 1. Mai demonstrieren für den sozialen Fortschritt, für den Wiederaufbau und den Ausbau der Arbeiterschutzeinrichtungen.

Darüber hinaus soll uns der 1. Mai als Auftakt dienen zur Stärkung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Es muß wieder zur Selbstverständlichkeit werden, daß jeder Arbeiter, jede Arbeiterin, daß die Angestellten gewerkschaftlich organisiert ist, daß sie den Millionen der Industriellen bei politischen Wahlen die Millionen der politisch organisierten Sozialdemokraten entgegenstellen. Mit verstärkter Kraft müssen wir auf allen Arbeitsplätzen für die sozialdemokratische Presse werben.

Die Scharte vom 26. April muß ausgeweht werden. Gewerkschaften und Partei müssen eine Macht werden, an der alle Versuche der Reaktion zerschellen. Die Zeiten der Verdrossenheit und der Kleinmut müssen endgültig abgekliffen sein. Die Banner hoch! Am 1. Mai muß die deutsche Arbeiterklasse ihren Aufmarsch beginnen. Vorwärts zum Kampf und zum Sieg!

Ende des Metallarbeiterkampfes.

Der Streik der Kupferschmiede beendet.

Die Verhandlungen, die am Freitag zur Beilegung des Kupferschmiedestreiks mit dem Verband Berliner Metallindustrieller gepflogen wurden, hatten das Ergebnis, daß die Unternehmer ihre bisher vertretene Auffassung aufgaben, nach der eine Reduzierung der Akkordpreise und eine Aufbesserung des allgemeinen Lohnniveaus der Kupferschmiede nicht erfolgen dürfte. Der BMBZ. erklärte sich grundsätzlich bereit, eine Aufbesserung der Akkordpreise vorzunehmen; Art und Umfang dieser Aufbesserung soll Verhandlungen mit den einzelnen Werksleitungen vorbehalten sein. Die Firmen sollen vom BMBZ. angewiesen werden, sich mit den Kupferschmiedern auf eine annehmbare Basis zu einigen. Vereinhart wurde ferner, daß der Streik nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses angesehen wird. Maßregelungen dürfen nicht stattfinden, die Arbeitsaufnahme erfolgt gemeinsam.

Eine Kupferschmiederversammlung nahm gestern mittag nach eingehender Aussprache das Verhandlungsergebnis an. Mit der Wiederaufnahme der Arbeit wird auch die Ausperrung der übrigen Metallarbeiter gegenstandslos.

Eine KPD.-Kundgebung.

Urteile des Gewerbegerichts.

Die Parteiliste der KPD. hatte seinerzeit durch Aufruf in der „Roten Fahne“ die Arbeiter aufgefordert, zu Ehren der bei dem damals viel besprochenen Vorgehen der Polizei in Halle gegen eine Kommunistenversammlung ums Leben gekommenen Versammlungsleiterin am 19. März eine Arbeitspause von 15 Minuten zu halten. Diese Demonstration hat Anlaß zu einer Reihe von Klagen vor dem Gewerbegericht Berlin gegeben.

Mehrere Arbeiter der Siemens-Betriebe, die ohne Einwilligung der Betriebsleitung die Arbeitspause gemacht hatten und deshalb entlassen wurden, klagten bei der Kammer 11 auf Grund des § 84 BGB. (unbillige Härte). Diese Klagen wurden sämtlich abgewiesen. Demnach hält es das Gericht nicht für eine unbillige Härte, wenn Arbeiter, weil sie ohne Zustimmung der Betriebsleitung während der Arbeitszeit feiern, entlassen werden.

In einem anderen Falle, der ebenfalls die Kammer 11 beschäftigte, handelte es sich um wegen Teilnahme an der Arbeitsruhe entlassene Betriebsratsmitglieder, deren Klage die Firma Siemens-Schuckert mit einer Gegenklage beantwortete, durch die festgestellt werden sollte, daß ein wichtiger Grund (§ 123 BGB.) zur Entlassung vorgelegen habe. Die Betroffenen hatten feiert, obgleich ihnen der Meister gesagt hatte, es solle gearbeitet werden, wer feiere habe die Konsequenzen zu tragen. — In diesem Falle wurde die Feststellungsklage der Firma abgewiesen, so daß also die entlassenen Demonstranten die obliegende Partei waren. Eine Urteilsbegründung wurde nicht verkündet. Wahrscheinlich hat das Gericht, da der Meister nur

die oben erwähnte Mitteilung an die Arbeiter machte, sie aber nicht ausdrücklich aufforderte, die Arbeit aufzunehmen, das Verhalten der Arbeiter nicht als beharrliche Arbeitsverweigerung angesehen, so daß also ein wichtiger Entlassungsgrund nicht vorlag.

Die Kammer 7 hatte sich mit einem Prozeß aus Anlaß der Kundgebung im Betriebe von Vorkis zu beschäftigen. Hier wurden der Vorsitzende des Arbeiterrats, der Vorsitzende des Betriebsrats und ein Mitglied desselben ent-

Mai-Veranstaltungen der Gewerkschaften

am Freitag, den 1. Mai, vormittags 10 Uhr.

- Baugewerksbund:** Saalbau Friedrichshain.
- Bekleidungs- und Textilindustrie:** Viktoriagarten, Treptow, Am Treptower Park 25/26.
- Graphische Industrie:** Neue Welt, Eingang Wirtschaftshof.
- Gemeinde- und Staatsbetriebe:** Buchbrauerei, Fideinst. 3/4.
- Lebensmittel- und Genussmittelindustrie:** Sophienallee, Sophienstr. 18.
- Verkehrsbund:** Gewerkschaftshaus, Engelauer 24/25.
- Eisenbahnerverband:** Haberlands Festhalle, Neue Friedrichstr. 36.
- Metallindustrie:** Volkshaus-Theater, Weinbergsweg.
- Heizer und Maschinenisten:** Boetler, Weberstr. 17.
- Holzarbeiter:** Neue Welt, Hohenheide.
- Musiker:** Andreas-Festhalle, Andreasstr. 21.
- Fabrikarbeiterverband:** Dresdener Kasino, Dresdener Str. 90.
- Maler:** Gewerkschaftshaus, Engelauer 24/25.
- Zimmerer:** Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee 11/12.
- Tobakindustrie:** Schweizer-Garten, Am Friedrichshain.
- Böttcher:** Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/13.
- Sattler:** Deutscher Hof, Ludower Straße.
- Filmgewerkschaft:** Alter Botanier, Anhaltstr. 12.
- Dachdecker:** Ewinemünder Gesellschaftshaus, Ewinemünder Str. 42.
- Landwirtschaft und Gärtner:** Döring, Raungr. 27.
- Glasarbeiter:** Luisenstädtisches Klubhaus, Annenstr. 16.
- Steinarbeiter:** Müllertal, Kaiser-Wilhelm-Straße.
- Porzellanarbeiter:** Charlottenburg, Begelinstraße am Bahnhof Tiergarten.
- Lederarbeiter:** Reichs Festhalle, Prinzenallee 33, vorm. 9 Uhr.
- Versammlung aller UFA-Gewerkschaften:** Berliner Lehrereinschulung, Alexanderplatz, großer Saal. Rezitation: Gertrud Esholdt. Referent: Dr. Rudolf Breitscheid, M. d. R.
- Verwaltungsbezirk Charlottenburg:** Hohenzollernstraße, Berliner Ecke Wilmersdorfer Straße.
- Verwaltungsbezirk Tempelhof:** im Birkenwäldchen, Tempelhof, Rantewitzstraße.
- Verwaltungsbezirk Wilmersdorf:** Viktoriagarten, Wilmersdorf, Wilhelmstraße.
- Verwaltungsbezirk Zehlendorf:** Zehlendorf, Lindenpark, Berliner Straße 8.
- Verwaltungsbezirk Schöneberg:** Schloßbrauerei, Hauptstr. 122.

Die Gewerkschaftsmitglieder, die in diesen Bezirken wohnen, nehmen an den Bezirks-Maisiern teil. Mitgliedsbuch legitimiert.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

„Der 1. Mai und die Gewerkschaften“.

Referenten: Dr. Rudolf Breitscheid, M. d. R., Artur Crispian, M. d. R., Gustav Sabath, M. d. R., Dr. Löwenstein, Landgerichtsrat Rubens, Harnisch, Landtagsabgeordneter Kogge, Adolf Hoffmann, Schimme, Blume, Wiesel, Wilms, Link, Schieman, Zippel, Heßler, Stempel, Hildesheim, Dittmer, Sehner.

Arbeiter! Angestellte! Sorgt für Massendruck dieser Versammlungen! Macht sie zu wichtigen Kundgebungen gegen die Reaktion!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Berlin.
Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortskartell Berlin.

lassen. Sie klagten auf Grund von § 90 BGB. Die Kläger, die der KPD. angehören, haben in ihrer Betriebsratszugehörigkeit dem Direktor im Voraus von der beabsichtigten Arbeitsruhe Kenntnis gegeben und dabei der Wahrheit zuwider behauptet, die Belegschaftsversammlung habe die Arbeitsruhe beschlossen. Der Direktor verweigerte seine Zustimmung zur Arbeitsruhe und forderte die Kläger auf, als Betriebsräte der Belegschaft von seiner Beilegung Mitteilung zu machen. Sie taten das in einer Form, die mehr einer Aufforderung zur Arbeitsruhe als einer Abgabe derselben gleichkam. Dem Sinne nach etwa so: Laut Beschluß herrscht Arbeitsruhe, aber die Direktion hat es unterlag. In Bezug auf einen der Kläger wurde festgestellt, daß er sich den Arbeitern gegenüber auf einen angeblichen gemeinsamen Beschluß der KPD. und der SPD.-Funktionäre berief. Es haben aber, wie gleichfalls festgestellt wurde, weder die SPD.-Funktionäre, noch die SPD.-Fraktion des Betriebes Gelegenheit gehabt, zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen.

Das Gericht wies die Klage der Entlassenen ab mit der Begründung: Nach dem Arbeitsvertrage sei die in der Fabrikordnung festgesetzte Arbeitszeit innezuhalten. Indem die Kläger zur Arbeitsruhe aufforderten, hätten sie einen zur fristlosen Entlassung berechtigten Grund nach § 123 Abs. 1 BGB. gegeben, welcher besagt, daß fristlos entlassen werden könne, wer Mitarbeiter auffordert zu Handlungen, welche gegen das Gesetz verstößen.

Wenn auch das Verhalten der KPD.-Anhänger, die die Arbeiter durch die wahrheitswidrige Angabe, es liege ein Beschluß auch der SPD.-Funktionäre vor, täuschten, im höchsten Grade verwerflich ist, so halten wir doch dies Urteil des Gewerbegerichts für sehr anfechtbar. Die juristische Konstruktion, wonach eine Aufforderung zum Verstoß gegen eine Bestimmung des Arbeitsvertrages eine Aufforderung zu einer gegenwärtigen Handlung sein soll, ist zwar nicht neu, denn solche Urteile sind schon vor Jahren von ordentlichen Gerichten gefällt worden. Aber diese juristische Konstruktion steht im Widerspruch zu dem natürlichen Rechtsempfinden, das unter gleichartigen Handlungen doch etwas ganz anderes versteht als Verstöße gegen einen Arbeitsvertrag oder eine Fabrikordnung.

Streik der Lackierer der Straßenbahn.

Dem Verband der Maler und Lackierer wird uns geschrieben: Ein städtischer Betrieb, wie er nicht sein soll, ist die Hauptwerkstätte der Berliner Straßenbahn in der Uferstraße. Gesundheitsvorschriften existieren für sie nicht. Die im Bleibeisige vorgezeichneten Umkleide- und Speiseräume für die Beschäftigten der Lackiererei sind nicht vorhanden. In der kleinsten Bude wird schon aus hygienischen Gründen für genügende Waschlagegelegenheit gesorgt. In der Werkstätte in der Uferstraße wuschen sich noch heute 5 bis 6 Arbeiter in einem Spüleimer. Für alles mögliche ist Geld vorhanden; für die Anlage einer Wascheinrichtung scheitert man die Kosten.

Trotz mehrmaligem Vorstelligwerden der Arbeiter im Betriebe wurde nichts erreicht. Die Regelung der schlechten Akkordpreise wurde abgelehnt, trotzdem die Verdienste weit unter denen gleichartiger Betriebe liegen. Die von mehreren Verbänden beantragten Verhandlungen zwecks Beilegung der Differenzen wurden abgelehnt, weil man „Herr im Hause“ sei. Darum legten die dort Beschäftigten einmütig die Arbeit nieder. Die Lackierer werden vor Arbeitsaufnahme bei der Straßenbahn gewarnt.

Streik in der Berliner Schuhindustrie.

Die gesamte Arbeiterschaft der Schuhfabriken Rosenberg und Köstke, Dirschenstraße 47, und Schach u. Co., Münzstraße 4, streiken seit dem 27. April im Streik, weil die beiden Firmen den Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums vom 20. März 1925 nicht erfüllen und somit tarifbrüchig geworden sind. Alle Schuhfabrikarbeiter und -arbeiterinnen, insbesondere die Heimarbeitler, werden aufgefordert zur Solidarität, keine Arbeit in den betroffenen Firmen anzunehmen.

Internationale Straßenbahnerkonferenz.

Die Internationale Transportarbeiter-Föderation wird vom 18. bis 20. Juli in Brüssel eine Internationale Straßenbahner-Konferenz abhalten, auf der 165 000 Straßenbahner, die den der I.T.A. angeschlossenen Straßenbahner-Verbänden angehören vertreten sein werden. Behandlungsgegenstände sind: die Frage des Einmannwagens; gesetzliche Bestimmungen für die Straßen- und Kleinbahnen und für die Autobusunternehmen in den verschiedenen Ländern; Eisenbahn- und Straßenbahnprobleme im Hinblick auf die Entwicklung des Autoverkehrs; Vereinheitlichung der Straßenbahnwagen und ihrer Einrichtung; Art der Unternehmungen und Betriebsart von Straßen- und Kleinbahnen sowie von Autobuslinien in verschiedenen Ländern; Aktionsprogramm für Straßenbahner.

Trohender Generalstreik im belgischen Bergbau.

Brüssel, 27. April. (Eigener Drahtbericht.) Der außerordentliche Kongress der belgischen Bergarbeiter hat einstimmig beschlossen, angesichts der einseitigen Kündigung des Tarifvertrages durch die Grubenbesitzer und der zum 1. Mai angedrohten weiteren Lohnverkürzung die Frage der Proklamierung des Generalstreiks einer Urabstimmung durch die Arbeiter zu unterbreiten. Sollte die Mehrheit für den Generalstreik sein, dann wird die Verbandsleitung ermächtigt, den Zeitpunkt der Proklamierung zu bestimmen und inzwischen noch den letzten Versuch zur Einigung zu machen. Angesichts der unverföhnlichen Haltung der Grubenbesitzer legt man in den Kreisen der Bergarbeiterführer trotz weitgehenden Entgegenkommens wenig Hoffnung, daß der Generalstreik vermieden werden kann.

Achtung, Bauarbeiter! Die Verhandlungen mit dem Verband der Baugeschäfte, mit Rücksicht auf den 1. Mai die Lohnzahlung bereits am Donnerstag, den 30. April, zu vollziehen, sind ergebnislos verlaufen. Wir fordern deshalb unsere Kollegen nochmals auf, insbesondere die Baubegleiter, mit ihren Firmen sofort in Verbindung zu treten, um durchzusetzen, daß die Lohnzahlung nicht Freitag, den 1. Mai, sondern am Donnerstag, den 30. April, erfolgt. Deutscher Baugewerksbund, Baugewerkschaft Berlin, Verband der Akkordmaler Groß-Berlin.

Achtung, SPD.-Holzarbeiter (Stille Besetze)! Mittwochabend 7 Uhr bei Köhlers, Rigauer Str. 46, wichtige Versammlung aller SPD.-Genossen. Sympathisierende können eingeladen werden.
Der Fraktionsvorstand.

Die Mitglieder des Zentralverbandes der Schuhmacher und alle Beschäftigten in der Schuhindustrie und Handwerk treffen sich, gemäß eines Beschlusses der Funktionärsversammlung, am 1. Mai, vormittags 10 Uhr, vor der Büchsenbauerei am Prenzlauer Berg. Derzeit ist eine Anwesenheit von Genossen 5 Uhr und Leberwurst der den Berliner Leder- und Schuhfabrikarbeitern von der russischen Bruderorganisation überliefert haben soll; anschließend Demonstration im Luisenpark. Abmarsch 1 1/2 Uhr. Der Verband der Lederarbeiter schließt sich nach seiner Versammlung, die um 9 Uhr in der Prinzenallee 33 stattfindet, den Schuhmachern an.

Deutscher Holzarbeiterverband, Bodenlager: Brandenburger Versammlung am Mittwoch 5 Uhr im Verbandsheim, Rungestr. 30. Bericht über die Lohnverhandlungen.

Achtung, Tapezierer! Niederbesetzung heute abend 7 Uhr Rosenstraße 11. Erscheinen aller Rieber ist Pflicht. Die Brandenburger Baugewerksbund, Kochgruppe der Glaser. Die Kollegen treffen sich am 1. Mai, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Amnrichs Platz 9 Uhr nach dem Verbandsamt des Baugewerksbundes: Am Friedrichshain.

Achtung, Zimmerer! Verbandskammerabend, heute abend 7 Uhr Verbandsmännerversammlung, Rosenfelder Str. 12. Alle Arbeitstellen müssen vertreten sein.
Verband der Zimmerer.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Wilhelm Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: Rieche, Ehrhart; Reichsleitung: Dr. John Schifano; Kollasch und Schönlank; Arn, Kahlert; Amnrichs U. Glöck; Amnrichs in Berlin; Verleger: Bernhardt-Berlag, G. m. b. H., Berlin; Druck: Bornhards-Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Faust Str. 2, G. m. b. H., Berlin; G. m. b. H., Eidenstraße 2, Diercke 2, Berlin und „Unterhaltung und Wissen“.

DUNLOP
CORD
Die Weltmarke bürgt für Qualität!

erschöpfte Nerven,

ihre Kräftigung und Wiederaufrichtung.

Für alle Vorgänge und alles harmonische Zusammenarbeiten der Organe im menschlichen Körper sind die Nerven von der allergrößten Bedeutung. Arbeit wie Genuß, die doch beide das Menschenleben regieren und gestalten, verlangen Kraft und Leistung der Nerven. Frische des Geistes und des Körpers, Wohlbefinden und Leistungsfähigkeit, ein frohes Gemüt, selbst ein guter Appetit — das alles sind Folge und Krönung wahrhaft gesunder Nerven. Ihre Gesundheit aber hängt eng zusammen mit der Ernährung des Körpers. Nervenregelmäßigkeit ist letzten Endes die Lösung eines Ernährungsgeheimnisses.

Qualende Sorgen, körperliche und geistige Ueberanstrengung, Schlaflosigkeit und mancher anderer Kummer des irdischen Lebens reizen und erschöpfen die Nerven von der Zelle. Nervöse Beschwerden aller Art stellen sich ein. Müdigkeitsgefühl, Arbeitsunlust, Unregelmäßigkeit und Reizbarkeit, Appetitlosigkeit, Verdauungsstörungen und dergleichen mehr folgen sich und wechseln sich ab. Bald macht sich ihr

zerstörerlicher Einfluß auf das Neukere

geltend. Das Gesicht erhält eine nervöse Bräunung, leidende Züge, den Ausdruck des Gequälten, die unvermeidlichen vorzeitigen Alterserscheinungen.

Will man nun etwas Energetisches tun, dann sollte man mit einer Nerven-Nähr- und Auffrischungsmethode ganze Arbeit

machen, und das geschieht durch richtige Verwendung von

Biomalz mit Lecithin.

einer Nerven-Nahrung von denkbar größter Vollkommenheit. Biomalz mit Lecithin ist durch deutsches Patentsystem geschützt, und seine Erfindung ermöglicht die völlige Aufnahme des Lecithinstoffes in die Säfte, die die Nerven ernähren, zu gleicher Zeit mit dem Einleiten der kräftigenden Wirkung des Biomalzes auf den gesamten Körper. Biomalz mit Lecithin ist in langen Stoffwechselversuchen in der chemischen Abteilung des Rudolf-Birchow-Krankenhauses sorgfältig untersucht und hat sich mehrere Jahre hindurch in der ärztlichen Praxis bewährt. Es hat seine Feuerprobe in jeder Prüfung über-

standen und ist wissenschaftlich unanfechtbar. Es ist reiflich verdaulich. Das steigende Kräftegefühl, das frischere Aussehen, die

Anzeichen der Verjüngung

legen Zeugnis davon ab, wie tiefgreifend der Nervenreinstoff auf das Wohlbefinden des ganzen Körpers zu wirken vermag.

Preis einer Dose Biomalz 1,90 RM., mit Lecithin 5.- RM., mit Eisen (für Blutmangel und Blutsüchtige) 2,20 RM., mit Kalk extra (für Lungenschwäche) 2,50 RM. Biomalz-Bombons, bestes Lindermittel bei Husten und Heiserkeit, vorzügliches Geschmack, Beutel 30 Pf., Biomalz-Schokolade 100-Gramm-Tafel 60 Pf. Drucklosgesellschaft von Gebr. Patermann, Teilmann-Berlin 10.



Wie das Auge des Menschen als Spiegel der Seele bezeichnet wird, muß das Schaufenster der Spiegel des Geschäftes genannt werden. In früheren Jahren trachtete der Geschäftsmann danach, möglichst viele Gattungen seiner zu verkaufenden Waren ins Schaufenster zu stellen und dazu noch die Preisauszeichnungen in vielfach recht bunten, schreienden Farben zu halten. Mit anderen Worten: Der Geschäftsmann glaubte, durch die Ausstellung vieler Gegenstände auf verhältnismäßig kleinem Raum am meisten Eindruck zu erwecken und dadurch die Käufer heranzulocken. Das Schaufenster wirkte durch diese Methode zweifellos als Reklame für die ausgestellten Gegenstände, ohne jedoch beim Publikum irgendwelchen Eindruck zu hinterlassen. Anscheinend bestand eine solche Absicht auch gar nicht, denn es kann wohl ohne Übertreibung gesagt werden, daß in allen Geschäften ohne Ausnahme gleichartige Schaufensterdekorationen üblich waren. Höchster Grundsatz war eben: Größtmögliche Ausnutzung des Fensters. Und so kam es, daß dem Dekorateur, wenn er einmal etwas Besonderes schaffen wollte, häufig Schwierigkeiten in den Weg gelegt wurden, „weil der Platz zu teuer war“.

Dekorative Kunst.

Im Laufe der Jahre nahm dann schließliche, mit dem Vorwärtsgen auf technischen und allen anderen Gebieten Schritt haltend, auch die Schaufensterdekoration andere Formen an. Es drang sich mehr und mehr die Ansicht Bahn, daß das Schaufenster nicht nur einzig und allein der „Reklame“ dienen soll, sondern daß es daneben auch eine kulturelle Aufgabe zu erfüllen habe. Besonders in den letzten ca. 15 bis 20 Jahren ist ein völliger Wandel zu verzeichnen. Nicht mehr das „reine geschäftliche“, sondern das künstlerische Moment rückt mehr und mehr in den Vordergrund, ohne natürlich das erstere ganz außer Acht zu lassen. Der zur genannten Zeit beginnende Umschwung konnte sich aber nicht mehr voll entfalten, weil die Entwicklung zum Schönen durch den Krieg eine lange Unterbrechung erfahren mußte. Mangel an geschultem Personal, und vor allem Mangel an Waren ließ die Schaufensterdekoration wieder zurückfallen in „Großvaters Zeiten“. Nach dem Kriege, mit fortschreitender Geldentwertung, brachten dagegen die Geschäfte aus anderen Gründen der Schaufensterdekoration nicht das nötige Interesse entgegen. Erst mit der Stabilisierung der Währung wurde allen Ernstes daran gedacht, auch dem Schaufenster wieder mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Die zum Stillstand gebrachte Entwicklung wurde wieder zum Vornmarsch getrieben und es kann jetzt gesagt werden, daß sich der Geschmack in der Schaufensterdekoration in aufsteigender Linie befindet. Wer es noch im Gedächtnis hat, wie großspurig und überladen früher die Fenster dekoriert waren und wie heute die Jahre an seinem Geiste vorbei ziehen läßt, wird, auch wenn er kein künstlerisch geschultes Auge hat, ohne weiteres den verbesserten Geschmack feststellen können. Die heutige Schaufensterdekoration ist auch von jedem Laien leicht feststellbar, keine schematisch auszubühende Tätigkeit, sondern eine Arbeit, die an den Dekorateur höchste künstlerische Anforderungen stellt. So ist es zwar im Grunde schon immer gewesen, aber besser

gefast, so hätte es schon immer sein sollen. Der Dekorateur war aber ganz einfach nicht in der Lage, sein künstlerisches Empfinden in seiner Beschäftigung voll und ganz zum Ausdruck zu bringen. Nicht nur die großen Geschäfte, auch mittlere und kleine, ja selbst die kleinsten wetteiferten untereinander mit ihren Auslagen. Wohl fast jedes Geschäft trachtete heute danach, das Schaufenster zu einer Stätte der Kultur zu formen.

Die Wandlung in 25 Jahren.

Wer heute eine Photographie in die Hand bekommt, die vor 20, 25 und noch mehr Jahren angefertigt ist, lächelt über die Formen der Kleidung, besonders der Frauen. Breite, bauschige Ärmel, Spitzen und Rüschen, Schleifen usw. bilden die Verzierung. Im gleichen Stile etwa präsentierten sich zu damaliger Zeit auch die Schaufenster, besonders jene, in denen Kleiderstoffe und fertige Kleider feilgehalten wurden. Große und kleine Schleifen oder Schläppen, große und kleine Tuffs und Rosetten in überreicher Menge herrschten vor. Und dann noch etwas, was heute beinahe in keinem Schaufenster der angeführten Art von Geschäften mehr zu finden ist: Die großen Beleuchtungskörper (Bogenlampen). Diese brachten in das Bild stets eine häßliche Note und trugen natürlich nicht zur Verschönerung des Fensters bei. Die als Beispiel genannte Kategorie von Geschäften hatte von jeher die mannigfaltigste Bewegungsfreiheit in ihren Dekorationen. Die Vielfältigkeit der vorhandenen Farben und Stoffarten löst in Verbindung mit entsprechender Beleuchtung die vornehmsten Wirkungen erzielen. Die Zeitschrift „Der Konfektionär“ brachte in einer der letzten Nummern eine Zusammenstellung von Schaufensterdekorationen aus den Jahren 1899 bis 1924. Diese Uebersicht läßt deutlich erkennen, welche gewaltigen Umwandlungen das Schaufenster durchgemacht hat. Zu erst wurden die bereits geschilderten Dekorationen gezeigt. Mit der Zeit wurde dann eine ganz andere Methode eingeführt. Während sich zuerst alles dem Beschauer recht proll entgegenstellte, bieten sich nach und nach dem Auge andere Linien, schwungvollere Formen dar. Röhren und Blumen werden als Beiwerk verwendet und, wie man sich denken kann, nur zum Vorteil. Besonders Sorgfalt auf die Schaufensterdekoration verwenden belohnlich neben den Spezialgeschäften die Warenhäuser. Abgesehen davon, daß diese am ehesten in der Lage sind, sich wirklich tüchtige Dekorateur zu halten, stehen ihnen auch im reichsten Maße, mehr als jedem anderen Geschäft, die erforderlichen Ausstellungsgegenstände und Hilfsmittel zur Verfügung. Zugegeben muß allerdings werden, daß hier in erster Linie der Luxus zu seinem Recht kommt. Wenn sich dieser aber dem Auge in künstlerischer Form darbietet und somit zur Erheiterung des menschlichen Gemütes beiträgt, kann und darf auch ein — nach unserer Ansicht sonst überflüssiger Luxus — nicht ohne weiteres abgelehnt werden. Mehrere stattgefunden Wettbewerbe im Schaufensterdekoriere sind natürlich nicht ohne Einfluß auf die Neugestaltung der Formen gewesen.

Die Branchenfenster.

Neben den angeführten Geschäften haben auch alle anderen Branchen tapfer Schritt gehalten. Besonders sind es die Blumen-

geschäfte, die sich ohne Ausnahme zum Guten verändert haben. Die Raumverhältnisse spielen hier allerdings eine noch größere Rolle als wo anders. Je größer das Schaufenster ist oder wenn, wie es in der Regel anzutreffen ist, der Blick von außen gleich den ganzen Ladenraum umfassen kann, desto nachhaltiger, eindruckvollere Ausschmückungen können vorgenommen werden. Uhren- und Goldwaren-, Lebensmittel-, Spielwarengeschäfte, alle, alle haben sich den verfeinerten Geschmack zu eigen gemacht. Vor kurzem hatte Berlin eine Ausstellung ganz besonderer Art, die unter dem Motto „Licht und Welt“ veranstaltet wurde. Die Ausstellungsräume waren die Schaufenster in der Leipziger Straße und somit jedermann leicht zugänglich. Eine Besprechung erübrigt sich hier, es soll aber daran erinnert werden, weil sie in der Rubrik „Kultur des Schaufensters“ einen besonderen Platz einzunehmen berechtigt ist. Leider sind im allgemeinen von der „Kultur des Schaufensters“ immer noch die Gegenden ausgeschlossen, in denen das Schaufenster nicht nur zum Beschauen und zur Freude der Vorübergehenden verwendet wird, sondern wo es seine Hauptaufgabe dadurch zu erfüllen hat, die Straßenpassanten auf die praktischen Gegenstände, die im Geschäft zu haben sind, aufmerksam zu machen. Ein Gang vom Korden oder Osten Berlins quer durch die Stadt nach dem Westen läßt die Unterschiede leicht erkennen.

Auch der Arbeiter soll nicht an der Tatsache vorübergehen, daß sich das Schaufenster immer mehr dazu eignet, auf seinen Farben- und Schönheitsinstinkt beschränkt zu wirken. Bei dem schwer schaffenden Fabrikarbeiter, der sich tagsüber in grauer, nüchternen Werkstatt befindet, oft genug umgeben von schweren, körperlicher Befahren, sind gerade diese Eigenschaften häufig sehr wenig durch gebildet, was natürlich durch seine Beschäftigung sehr leicht zu erklären ist. Er soll deshalb, auch wenn er nach des Tages Arbeit ermüdet ist, nicht mit geschlossenen Augen durch die Straßen gehen. Sein inneres Gemüt kann dadurch leicht anderen Regungen zugänglich gemacht werden. Dadurch wirkt ein gutdekoriertes Schaufenster nur bildend auf den Arbeiter und steht somit zweifellos im Dienste der Kultur.

Der Reklamezug. Heute nachmittag 2 Uhr beginnt der von Verband Deutscher Reklamefachleute veranstaltete originelle Reklamezug durch die Straßen Berlins. Er beginnt in der Straße Alt-Moabit, passiert Strom- und Lessingstraße und führt über die Berliner und Bismarckstraße nach dem Ausstellungsgelände am Kaiserdamm. Von hier geht es über Kantstraße, Divoer Platz, Hofenhausenstraße, Fortstraße nach dem Süden, um am Herbergplatz in Reutkölln zu enden.

Auf einer Schwarzfahrt verunglückte am Sonntag abend ein Auto. Gegen 9 Uhr abends fuhr es in Wannsee gegen einen Prellstein, überschlug sich und wurde zertrümmert. Eine der Insassen, eine Kontoristin Alma Knuth aus der Nordhauser Straße in Charlottenburg, wurde schwer verletzt und nach ihrer Wohnung gebracht. Der Chauffeur wurde festgestellt.

Anthony John.

Roman von Jerome K. Jerome.

13.

Sie heirateten im Ausland. Jim befand sich bei seinem neuen Regiment in Malta, und hier war die ganze Familie zusammengekommen. Das Schicksal erparnte Sir Harry die letzte große Enttäuschung seines Lebens. Im hatte mit ihm nicht über Eleanors Pläne gesprochen; er ließ sich Zeit. Und Sir Harry starb im Frühling nach kurzer Krankheit. Er hatte noch vorher mit seiner Schwester Mary besprochen, daß Eleanor dieses Jahr in die Londoner Gesellschaft eingeführt werde. Der arme alte Herr starb ganz zufrieden. Eleanor und die Mutter blieben in der kleinen Villa auf dem Hügel. Anthony kam im Spätsommer nach Malta, und sie heirateten dort in der kleinen englischen Kirche. Anthony hatte nicht zu hoffen gewagt, Eleanor nach der Abben zurückzubringen, doch war er im Sommer von besonders viel Glückswällen begünstigt worden. Augenblicklich schien ihm alles zu gelingen. Es begann ihm bereits selbst unheimlich zu werden; er fragte sich, wie lange das Glück wohl anhalten könne? Es freute ihn, daß er Jim für das Landhaus einen guten Preis zu geben vermocht hätte; freilich würde ihnen, wenn Lady Coomers Rente ausgezahlt war, nicht viel übrig bleiben.

Anthony's Mutter weigerte sich trotz Eleanors Bitten, in die Villa zu ziehen. Anthony wußte nicht, ob sie daran zweifelte, daß Eleanor sie tatsächlich gerne dort sähe, oder ob die von ihr angegebenen Gründe die echten waren. „Ich würde unbewußt immer nach der Küche streben“, erklärte sie. „Oder aufschneulen, wenn es klingelt. Oder vielleicht“, sie lächelte, „des Abends durch die kleine Hintertür zum Stall schleichen, während, im Schatten der Ulmen deinen Vater zu sehen, der dort immer auf mich zu warten pflegte. Ich werde mich hier im alten Haus viel glücklicher fühlen. Hier gibt es keine Gespenster, zumindest nicht für meine Augen.“

Und auch auf die Tante mußte Rücksicht genommen werden. Anthony wollte sie zuerst im Hause von Dissidentenfreunden unterbringen. Aber Frau Remt war der Gnade Gottes verlustig gegangen, das heißt, sie befand sich nicht mehr in Berührung mit ihren früheren Freunden. Sie hatte auch Balfon, dem Steinmetz, den schönen alten Grabstein zurückgegeben; dieser wußte nicht, was er damit anfangen sollte, und verwandte ihn dazu, die zerbrochene Treppe vor seinem Bureau zu reparieren. Frau Remt dachte mit immer gerin-

gerer Freude an ihre Ankunft vor den Toren der ewigen Seligkeit. Sie war ihres Willkommens nicht mehr recht gewiß. „Ich habe ihn nicht verdient“, meinte sie. „Tat in dieser Welt nichts anderes, als mir das Leben angenehm machen und dafür sorgen, daß ich mich auf dem rechten Weg nach der anderen Welt befinde. Früher glaubte ich, alles hänge vom Glauben ab; man brauche einzig und allein glauben. Aber dein armer Onkel sagte stets, dies könne nicht wahr sein, sei eine allzu billige Art. Sollte er recht haben und Gott tatsächlich auch gute Werte fordern, so werde ich mich gar armselig ausnehmen.“ Sie hatte auch daran gedacht, die optimistische Inschrift auf dem Grabstein durch die bescheidenen Worte: „Herr, erbarme dich meiner, eines armen Sünders“ zu ersetzen. Der Friedhofswächter jedoch, dessen freundschaftlichen Rat sie eingeholt hatte, war gegen diese Bitte, da er meinte, sie würde den guten Ton des Friedhofs beeinträchtigen.

So blieben denn die beiden alten Frauen in Bruton Square, bewohnten das Erdgeschloß und die drei kleinen Mansarden. Anthony ließ ihnen noch eine Küche einrichten und vermietete das Haus an einen Architekten, Herrn Arnold Landripp. Dieser, ein Witwer, benützte bereits seit zwei Jahren die beiden großen Klassenzimmer als Bureau. Seine Tochter, die an der Universität studiert hatte, war heimgekommen; sie zählte etwa zwanzig Jahre und galt allgemein für „intellektuell“; diese Bezeichnung wurde eben damals modern. Sie war ein hochgewachsenes blaßes Mädchen mit kohlschwarzen Augen, trug das Haar aus der Stirn gekämmt; es wurde gemunkelt, daß sie heimlich Zigaretten rauche.

Betty und ihr Vater hielten sich fast immer im Ausland auf. Sie hatten in Florenz eine Wohnung gemietet, und die Priory möbliert einem Bettler von Herrn Rowbray überlassen, der eines der großen Stahlwerke in Shawley besaß. Anthony erwies sich als großmütiger Kompagnon, und Herr Rowbray war mehr als zufrieden. „Ich steuerte auf Klippen zu“, gestand er. „Es wäre für Betty herzlich wenig übriggeblieben. So aber kann ich, dank Ihnen, beruhigt sterben.“ Er streckte Anthony die Hand hin; die beiden plauderten im großen Zimmer mit den drei Bogenfenstern, das früher Herrn Rowbrays Privatbureau gewesen und das nun Anthony's war. Betty und ihr Vater wollten am folgenden Morgen nach Italien abreisen. Herr Rowbray zögerte einen Augenblick, dann sagte er, noch immer Anthony's Hand in der seinen haltend: „Ich hatte einmal gehofft, daß wir in ein noch engeres Verhältnis treten würden. Aber Betty ist ein seltsames Mädchen. Ich glaube nicht, daß sie je heiraten wird. Ich fürchte, ich habe ihr diesen Gedanken unheimlich gemacht.“

Er lachte. „Sie weiß, daß ich ihre Mutter liebte, wie nur jemals eine Frau geliebt wurde, dennoch hinderte mich dies nicht daran, ihr ganzes Leben zu einem klammerlosen zu machen. Wissen Sie, was im apostolischen Glaubensbekenntnis fehlt? Der Teufel wurde ausgelassen. Verfallen nicht auch Sie, mein Junge, in den Irrtum, nicht an den Teufel zu glauben. Er will ja, daß wir an ihm zweifeln, ihn für ein Wittwenmärchen halten. Wir reden von der leisen kleinen Stimme des Guten; ja, wenn wir angestrengt lauschen und alles ringsum ruhig ist, dann vermögen wir sie zu hören. Wie aber steht es um die unermüdbare, eindringliche Stimme des Anderen, die uns Tag und Nacht zuzusüstert, neben uns am Tisch sitzt, mit uns ins Bett hüpfet? David irrte; er hätte sagen müssen: „Die Furcht des Teufels ist der Weisheit Anfang.“ Die Sache begann schon im Garten des Paradieses. Hätte doch Gott nicht die Schlange vergessen! Das war auch das Unglück aller Reformer. Sie hätten etwas zu leisten vermocht, würden sie nicht den Teufel vergessen haben. Alle die Jungen, die das ganze Leben vor sich haben, vergessen den Teufel.“

Anthony lachte. „Welche Taktik soll man anwenden, um ihn zu besiegen?“

„Ich selbst war in dieser Angelegenheit zu wenig erfolgreich, um Ratschläge erteilen zu können. Ich kann Ihnen nur verraten, daß der Teufel allerlei Gestalten annimmt. Bisweilen verkleidet er sich als sympathische alte Dame und nennt sich „Mutter Natur“. Manchmal trägt er einen glänzenden Zylinder und gibt vor, ein gewöhnlicher Geschäftsmann zu sein. Und mitunter erscheint er, in Herrlichkeit gewandet, und nennt sich „Liebe“. Der alte Mann griff nach seinem Hut. „Sie hätten nicht erwartet, mich unter den Propheten zu finden, nicht wahr?“ fragte er lächelnd. Er war in der letzten Zeit stark gealtert; Anthony begleitete ihn bis zur Priory. Sie kamen an dem St. Adog's Friedhof vorüber.

„Ich will einen Augenblick hineingehen, meiner Frau Beiwohl sagen“, meinte Herr Rowbray. „Ich tue es immer, bevor ich verreise.“

Schon vor Jahren hatte Herr Rowbray die letzten drei freien Gräber auf dem Friedhof erstanden; seine Frau lag in der Mitte, rechts von ihr Edward.

Die beiden verharren eine Weile stumm, dann sprach Herr Rowbray: „Ich weiß nicht, ob es meine Einbildung ist, aber mir scheint, daß Sie mit jedem Jahr Ted ähnlicher werden. Ich meine nicht dem Äußeren nach, obgleich ich bisweilen in Ihren Augen einen Ausdruck sehe, der mich an ihn gemahnt. Aber in anderen Dingen; manchmal könnte ich fast glauben, er sei es, der zu mir spricht.“ (Fortsetzung folgt.)

Der Feuerschutz in der Industrie

Wie sehr der Feuerschutz der Industrie vernachlässigt wird, hat sich bei vielen Bränden in der letzten Zeit gezeigt. Oft hat das Feuer von dem Standort der Entstehung auf andere Standorte übergegriffen, ehe die Feuerwehr Hilfe bringen konnte. In Hamburg ist am 15. April im „Kaufmannshaus“ — ein großes Geschäftshaus — im Lagerraum der Bergmann u. G. ein Feuer entstanden, das an dem vorhandenen Packmaterial reiche Nahrung fand, über offene Türen und einen Lichtschacht die oberen Stockwerke in Brand setzte und Treppen und Korridore verqualmte. Infolge dieser Verqualmung konnte das Personal die Ausgänge nicht mehr benutzen und mußte von der Feuerwehr über vier mechanische Leitern in Sicherheit gebracht werden. Durch das Hochschlagen der Flammen waren in jedem Stockwerk Brände entstanden und der Feuerschutz ist es nur unter Aufbietung aller Kräfte gelungen, die vollständige Zerstörung des Hauses zu verhindern, nachdem sie das bedrohte Personal in Sicherheit gebracht hatte.

In dem Betrieb der A.G. Berlin in der Ackerstraße ist am 23. April abends gegen 9 Uhr ein Schadenfeuer entstanden, das sich ebenfalls zu einem umfangreichen Großfeuer entwickelte, einen Sachschaden von etwa einer Million Mark anrichtete und zu schweren Rauchvergiftungen führte. Dank dem energischen Eingreifen eines Angestellten konnte sich die Belegschaft noch im letzten Augenblick in Sicherheit bringen, wobei 4 Personen infolge Rauchvergiftung ohnmächtig wurden. Die Tätigkeit der Feuerwehr wurde erschwert, weil der umfangreiche Bau, der drei Höfe umschließt, nur eine Einfahrt hat und die Höfe so mit allem Möglichen angefüllt waren, daß die Feuerwehr nur mit einer einzigen Motorspritze in den Hof einfahren und das Feuer von dort angreifen konnte. Die übrigen Fahrzeuge der Feuerwehr — es waren deren mehr als fünfzig erschienen — mußten in der Ackerstraße liegen bleiben und die Mannschaften lange Schlauchleitungen bis zur Brandstelle legen, mit denen sie zum Angriff auf das Feuer über Rillen- und sonstige Barrikaden vordringen und über Steckleitern zum infolge des ansteigenden Geländes tiefliegenden Erdgeschos hinabsteigen mußten. Auch hier ist es der Feuerwehr nur mit Aufbietung aller Kräfte gelungen, das Feuer am Witternachts zum Stehen zu bringen und die dem Werk drohende Gefahr abzuwehren. Eine — natürlich offensichtlich — Tür, denn dafür ist sie ja da, und eine Treppe gaben den Flammen Gelegenheit, ungehindert auf Öl und Packmaterial in den an- und überliegenden Räumen zuzugreifen.

Und nun fragen wir: Hält es die Industrie nicht für notwendig, Betriebsstätten, Rohstoffe und Fertigfabrikate vor der Zerstörung durch Schadenfeuer und die Betriebsbelegschaften vor den mit der Zerstörung verbundenen Gefahren zu schützen? Hält sie es nicht für notwendig, in den Betrieben wenigstens die Einrichtungen zu treffen, die zur erfolgreichen Bekämpfung von entstandenen Schadenbränden erste Voraussetzung sind? Und die Feuerversicherer? Sind sie der Meinung, daß mit dem Abschluß der Versicherung die Erhaltung der vorhandenen Werte gesichert ist? Und wie sind diese Zustände mit der Gewerbeordnung vereinbar? Waren alle Vorrichtungen getroffen, die zum Schutze der Arbeiter gegen Gefahren infolge Fabrikbrände getroffen werden können? Haben die vorhandenen Vorrichtungen einen Wert, wenn sie im Augenblick der Gefahr unbrauchbar sind? Wie sah es aber mit diesen Vorrichtungen bei der A.G. aus? Feuerlöschvorrichtungen zur Bekämpfung von Deckbränden (Schaumlöscher) waren nicht vorhanden. Die vorhandenen Löscheinrichtungen erfüllten ihren Zweck nicht, weil sie unzugänglich waren und die Feuerwehr nur mit einem Fahrzeug in das tiefe Fabrikgrundstück einfahren konnte. Eine Feuerlöschanlage mit Nebenmedern, durch die neben der Wertfeuerwehr sofort auch die städtische Feuerwehr alarmiert wird, ist nicht vorhanden. Die Wertfeuerwehr war zu klein und mit geeigneten Löschmitteln nicht ausgerüstet. Die Tür, die bestimmt war, das Umschreiten des Feuers aufzuhalten, stand offen, obwohl sie so sein mußte, daß sie von selbst zuschlägt. Die Vorrichtungen, die geeignet sind, die Gefahren bei Fabrikbränden abzuwehren, schwere Verluste an Sachwerten zu verhindern, waren nicht vorhanden oder haben verfallen.

Die Einstellung der Deutschen Wirtschaftsführer zur Sicherung der Großbetriebe gegen Schadenbrände kommt an deutlichsten zum Ausdruck in einem Kundigungsbescheid, das am 17. April d. J. den Feuerwehrlieuten der Deutschen Werke in Spandau zugestellt wurde. Dort ist gesagt: „Da wir unser Feuerriß bei verschiedenen Versicherungsgesellschaften eingedeckt haben und wir nicht in der Lage sind, nebenher noch die Unkosten einer eigenen Feuerwehr weiter zu tragen, sehen wir uns zu unserem Bedauern genötigt, Ihnen Ihr Arbeitsverhältnis zum 16. Mai 1925 zu kündigen.“ Während die Versicherungsgesellschaften 10 und mehr Prozent Dividende verteilen und allein der Gerling-Konzern einen Gewinn von fünf Millionen Mark ausweist, sehen sich die Unternehmer gezwungen, den Feuerschutz im Betrieb abzubauen, weil sie Dividenden für die Feuerversicherer und Kosten für den Feuerschutz nicht aufzubringen vermögen. Die Werte aber, die im Schutze der Arbeit geschaffen wurden, um das Deutsche Wirtschaftsleben zu heben, gehen in Flammen auf. Leben und Gesundheit der Arbeiter werden bedroht. Und das nennt man — „Wirtschaft“.

Der Rundfunk zur Eröffnung des Deutschen Museums!

Anläßlich der Einweihung des Deutschen Museums am Donnerstag, den 7. Mai, wird der Rundfunk, das jüngste Kind der Technik, die in den weiten Hallen des Museums eine würdige Heimstätte gefunden hat, weite Kreise an den Festveranstaltungen teilnehmen lassen. Wie die Reichszentrale für Deutsche Verkehrswerbung erzählt, wird der Münchener Rundfunksender an diesem Tage folgendes Programm verbreiten: 10.15 vormittags Festspiel von Gerhart Hauptmann mit Musik von Geheimrat Prof. Hermann Jäger, Chorgesang mit Orchester vom Münchener Lehrergesangsverein, verschiedene Ansprachen, Schluschor des Lehrergesangsvereins, 1.15 bis 3 Uhr nachmittags Orgelfonzert, gespielt von Prof. Renz auf der neuen elektrischen Fernorgel des Deutschen Museums, das Quartett-Quartett, das Soloquartett des Münchener Lehrergesangsvereins, das Bläserorchester der Bayerischen Staatsoper und Klavierstück von Prof. Jäger. 7.30 Uhr abends Festaufführung in der Bayerischen Staatsoper.

Preis-Rinderturn- und Sportfest.

Vom 13. bis 15. Juni wird zum ersten Male ein großes Propagandafest für die Leibesübungen der Kinder in Brandenburg a. d. S. stattfinden. Eingeladen sind hierzu alle Rinderobsteilungen der Turn- und Schwimmvereine um, welche dem 1. Kreise des Arbeiter-Turn- und Sportbundes angeschlossen sind. Die Brandenburger Arbeiterschaft hat sich für dieses Fest, das etwa 5000 Kinder erfassen wird, zur Verfügung gestellt und wird alle Kinder in Privatquartieren unterbringen. Die Beförderung per Bahn wird in Sonderzügen erfolgen, die bereits am Sonnabend vormittag 10 Uhr im Festort eintreffen. Nachmittags um 2 Uhr beginnen die Vorkämpfe und Wettspiele, denen sich um 6 Uhr Bühnenvorführungen der Bundeschule, Brandenburger Kinder und der Bezirke anschließen. Am Sonntag findet das eigentliche Propagandafest statt mit einem außerordentlich reichhaltigen Programm. Am Montag ist vormittags Baden im Fluwer See vorgesehen, und um 4 Uhr nachmittags erfolgt die Rückfahrt in die Heimat. An alle Eltern wird die Bitte gerichtet, ihren Kindern die Teilnahme an diesem Wettbewerb zu gestatten, das allen Teilnehmern eine bleibende Erinnerung sein wird. Alle Teilnehmer sind bis 15. Mai durch die zuständigen Jugendleiter an Genossen Karthäuser, Brandenburg a. d. S., Wilhelmshorfer Str. 35a, zu melden, damit die Quartierfrage zur allgemeinen Zufriedenheit gelöst werden kann.

Kurzarbeiterwochenarten. Die Frist für die Ausgabe von Kurzarbeiterwochenarten ist nach Bekanntmachung der Reichsbahndirektion in Berlin sowohl für den Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr als auch für den allgemeinen Verkehr bis zum 31. Dezember 1925 verlängert worden.

Arbeiter-Sport

Die Luzerner Sportinternationale.

Die Internationale des Arbeitersports ist noch jungen Datums, wie das Bestehen von Arbeitersportorganisationen überhaupt. Eine Ausnahme macht nur Deutschland, wo durch die Unterdrückung der allgemeinen sozialistischen Bewegung und die arbeiterfeindliche Einstellung der bürgerlichen Sportverbände bereits 1890, nach dem Fall des Sozialistengesetzes, an die Gründung von Arbeitersportvereinen und im weiteren Verlauf des Arbeiterturnerbundes herangegangen wurde. Im Jahre 1913 erging erstmalig von belgischer Seite der Aufruf zu einer internationalen Konferenz nach Gent, an der Vertreter aus Belgien, Frankreich, England und Deutschland teilnahmen. Die hier gegründete Internationale war aber nur von kurzer Lebensdauer, da der 1914 ausbrechende Weltkrieg alle internationalen Verbindungen wieder zerstörte. Aber bereits im Frühjahr 1919 erging aufs neue von belgischer Seite der Ruf nach Schaffung einer Internationale. Im April 1919 fand zunächst eine Konferenz der belgischen und französischen Genossen in Paris statt, die einstimmig beschloß, die Arbeitersportler aller Länder zu einer internationalen Konferenz in Luzern für den Herbst 1919 einzuladen. Auf dieser Konferenz waren vertreten: Belgien, Frankreich, England, Tschechoslowakei, Finnland und Deutschland. Die hier aufs neue gegründete Internationale erhielt den Namen: Luzerner Sportinternationale. Aus den Programmpunkten dieser neuen Internationale sei hervorgehoben:

„Der Internationale Arbeitersportverband für Sport und Körperpflege wird gebildet aus den Landesverbänden für körperliche Erziehung: Turnen, Sport und Wandern. . . Die Arbeitersportbewegung ist nicht minder wichtig als die politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Bewegung der Arbeiterschaft; es gilt auch auf dem Gebiete der Leibesübungen den Kampf zu führen gegen Kapitalismus, Nationalismus und Militarismus. . . Der Bund erhebt die Forderung der Verwirklichung seiner Ziele erst in der sozialistischen Gesellschaft. Es können daher nur Personen Mitglieder des Bundes werden, die dieses Ziel erstreben. . . An die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften aller Länder richtet der Bund die Aufforderung, daß sie alles tun, damit die Forderungen des Bundes, die ein Lebensinteresse des Proletariats wahrnehmen, alsbald verwirklicht werden. Weiter fordert er die Parteien und Gewerkschaften auf, darüber zu wachen, daß teils ihrer sporttreibenden Mitglieder bürgerlichen Verbänden und Vereinen angehört, da diese seit jeher die stärksten Stützen des Nationalismus waren; sie haben die Jugend für den Militarismus begeistert und sind nicht zuletzt mitschuldig an dem großen Unglück des Weltkrieges.“

Das Bureau der Internationale verblieb in Belgien unter dem Sekretär Briday. Im Jahre 1920 wurde eine Konferenz in Prag abgehalten und ein Jahr später ein kleiner Kongreß in Belgien im Anschluß an das 1. Arbeiter-Turn- und Sportfest. Im Frühjahr dieses Jahres fand eine Konferenz in Frankfurt a. M. statt; der nächste ordentliche Kongreß tagt im September 1925 in Paris. Eine große Heerchau des gesamten Arbeitersports wird die im Juli stattfindende 1. Internationale Arbeiterolympiade bilden.

Kaum war die Luzerner Internationale gegründet, als auch schon die Kommunisten die Spaltungsarbeit begannen. Unter der bekantenen Begründung, daß dadurch die „Einheitsfront des Proletariats“ hergestellt werden sollte, ging unter Leitung Berliner Kommunisten mit Unterstützung Sowjetrußlands die Gründung der „Roten Sportinternationale“ vor sich. Da noch keine kommunistischen Turnverbände vorhanden waren und in Rußland die Körperkultur sich erst langsam von der bisherigen rein militärischen Erziehung löste, so gründete man zunächst ein Propagandabureau unter Leitung von Dieste in Berlin. Die erste Tat war die Spaltung des tschechoslowakischen Turnverbandes, die gleichzeitig mit der Spaltung der tschechoslowakischen Sozialdemokratie erfolgte. Später wurde dann auch die Spaltung des Arbeitersports in Frankreich erreicht, und in Norwegen trat ein Teil des bürgerlichen Verbandes zur Roten Internationale über. In Deutschland hat man sich bisher auf den Zellenbau beschränkt, der ebenfalls in Berlin den stärksten Einfluß hat. Die Naturfreunde-Organisation (Wanderer) hat diesem Zellenbau durch Ausschluß ein Ende gemacht. In den anderen Verbänden blüht der Zellenbau aber noch üppig, da man sich hier noch nicht zu einer energiegelassenen Aktion gegen die sabotierenden Elemente entschließen konnte. In Belgien und Österreich haben die Kommunisten gar nicht Fuß fassen können. Im allgemeinen kann man sagen, daß die Luzerner Internationale die erdrückende Mehrheit der Arbeitersportler umfaßt und die Weltolympiade in Frankfurt a. M. wird nach dem schon jetzt vorliegenden Meldungen ein gewaltiges Propagandafest internationaler Solidarität werden.

Kartellverband Groß-Berlin.

Von der „Zentralkommission für Arbeiter-Sport und Körperpflege“ wurde den Arbeiter-Sportkartellen aller Orte Deutschlands aufgegeben, die Borarbeiten zur Olympia, abgehalten zu Frankfurt am Main vom 24. bis 28. Juli d. J., zu organisieren. Für Groß-Berlin kommt der Kartellverband für diese Borarbeiten in Frage. Ich fordere nun die der Z. K. angeschlossenen Organisationen auf, mir sofort für den zu bildenden Arbeits-Ausschuß je einen Vertreter namhaft zu machen. Außerdem muß dieser in der am 30. April bei Prasser, Madaelstr. 10/11, Ede Wusterhausen Str., abends 8 Uhr, stattfindenden Sitzung zugegen sein. Organisationen, die einen Vertreter nicht entsenden, haben kein Anrecht auf die Benutzung der Sonderzüge. Es ist weiter in den Organisationen festzustellen, wieviel Personen nur die Hinfahrt, und wieviel Hinfahrt und Rückfahrt mitmachen. Die ganze Fahrt kostet von Berlin Anhalter Bahnhof 2,60 Mark. Nach Anzahl der gemeldeten Personen werden die Sonderzüge bestellt. Da diese einen Konvoi vorher gemeldet werden sollen, um gute Wagen zu bekommen, ist es notwendig festzustellen und mir sofort zu melden, wieviel Personen, eventuell mit Wägen die Fahrt mitmachen. Die Radfahrer und Radfahrer haben anzugeben, wieviel Boots- und Rädermaterial mitgeführt wird, um die entsprechenden Wagen zu bestellen. Genossen, die Borarbeiten haben begonnen, über Fortgang wird laufend in der Arbeiter-Sportzeitung berichtet werden. Da nun aber dem Kartellverband infolge dieser Arbeiten große Geldausgaben erwachsen, um so mehr, da ja bei Bestellung der Sonderzüge eine gewisse Summe angezahlt werden muß, ist es notwendig, daß die Vereine nun sofort die Kartellbeiträge abzuführen haben. Dieser Beitrag beträgt pro Mitglied über 17 Jahre und 1 Vierteljahr 10 Mk. Vereine, die die Beiträge nicht zahlen, oder rechtzeitig genug einjenden, so daß dem Kartellverband daraus Schäden erwächst, werden von der Benutzung der Sonderzüge ausgeschlossen. Die Beiträge sind an den Kartellkassierer Gen. Heinrich Meydorf, Charlottenburg, Schloßstraße 33, St. 35, einzufenden. Vereinsvorsitzende, wartet nicht bis zum letzten Augenblick. Beginnt auch ihr sofort mit den für die Mitglieder notwendigen Borarbeiten zur reiflichen Beteiligung an der Olympia. Auskünfte und Anschriften: Robert Dehlschläger, Berlin N. 65, Hochstädter Str. 10.

Die erste Arbeiterolympiade in Frankfurt a. M.

Nach der ersten großen Heerchau der Arbeiterturner und -sportler in Leipzig im Juli 1922, die dem Arbeiter-Turn- und Sportbund Gelegenheit gab, seine Ebenbürtigkeit auf dem Gebiete der Leibesübungen und Körperkultur im Vergleich mit allen anderen Organisationen auf diesem Gebiete darzutun und den Beweis zu erbringen,

daß hier von einer Kulturorganisation wirklich produktives Schaffen im Vordergrund steht, wird in diesem Jahre in Frankfurt a. M., ebenfalls im Juli, die erste Arbeiterolympiade abgehalten. Aus allen Ländern werden die Turner und Sportler zusammenströmen, um in Einzel- wie Mannschaftskämpfen die Leistungen zu prüfen. Im Vordergrund wird die Leichtathletik stehen. Die großen Ausscheidungsspiele über die Meisterschaften in den Bewegungsspielen nehmen einen nicht unwesentlichen Teil des Programms in Anspruch.

War schon das erste Bundesturnfest in Leipzig und das im vorhergehenden Jahre in Prag abgehaltene und von deutschen Arbeiterturnern und Sportlern besuchte internationale Sportfest geeignet, Fühlung zwischen den Arbeitersportlern des Auslandes zu nehmen, so wird die Arbeiterolympiade in Frankfurt a. M. gestatten, dies in weit größerem Maße zu tun. Welch überwältigenden Eindruck hat doch das Bundesturnfest in Leipzig seinerzeit hinterlassen. Der Festzug durch die Stadt hinaus zum Westgelände am Fuße des Böttcher-Schlachdenkmal und der Aufmarsch der 16.000 Turner zu den Freilagen auf dem geräumigen Festplatz waren Ereignisse. Sie sind noch in frischer Erinnerung bei allen Arbeiterturnern und Sportlern, bei den Radfahrern, Schwimmern und Wasserfahrern. Da scheint es nicht zu viel gesagt, wenn der Arbeiter-Turn- und Sportbund die Veranstaltung in Frankfurt a. M. als das größte sportliche Ereignis des Jahres anspricht. Mit Eifer wird von allen Seiten an der Ausgestaltung des Festes gearbeitet. Die zu leistende Borarbeit ist riesengroß und liegt voll und ganz in den Händen des deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Daß sie übernommen und geleistet werden konnte und geleistet wird, zeigt am deutlichsten, welchen Aufschwung die Bewegung der Arbeitersportler genommen hat, nachdem der größte Teil der einengenden Fesseln gefallen ist und den Arbeitersportorganisationen eine Mitarbeit in den Jugendpflegeorganisationen in Staat und Kommunen möglich gemacht ist. Jetzt wird eifrig am Bau des Bundesgymnasiums gearbeitet, von dem aus eine vorbildliche Erziehungsarbeit und Ausbildung von Sporttechnikern, Turnwarten und Borturnern für die männlichen sowohl wie für die weiblichen Organisationsangehörigen in die Wege geleitet werden soll. Die ersten Früchte dieses eifrigen Bemühens werden sich in Frankfurt a. M. zeigen. Auf dem großen Stadionplatz draußen im Frankfurter Stadtwald wird es sich zeigen, welche Fortschritte in den letzten Jahren zu verzeichnen sind und wie weit der internationale Gedanke und die Annäherung unter den Sportlern der ehemaligen Feindstaaten wieder gediehen ist. Allerdings wird in solchem Umfange mit der Beteiligung der Ausländer wie zum Bundesturnfest 1922 wahrscheinlich nicht zu rechnen sein. Denn Volatageschäfte sind heute in Deutschland nicht mehr zu machen wie zu den Zeiten der schlimmsten Inflation. Und die Ausländer, die heute nach Deutschland kommen, müssen schon ziemlich erhebliche Opfer bringen. Doch allem, was sich bis heute übersehen läßt, wird in organisatorischer und sportlicher Beziehung Großes geleistet werden. Am 28. Juni findet im voraus das Spiel um die Bundesmeisterschaft im Fußball statt, dem am darauffolgenden Sonntag die leichtathletischen Ausscheidungskämpfe für die Olympia folgen. Das ganze Fest wird die Tage vom 24. bis 28. Juli umfassen. Die Bundesmeisterschaften in den Turnspielen werden im Verlauf der Festtage vor sich gehen. Bietet schon der historische Boden Frankfurts manches Angenehme, um wieviel mehr noch seine Umgebung. Und wenn das Sportfest sein Ende erreicht hat, werden nicht wenige der Teilnehmer noch für einige Tage Fahrten nach dem Taunus, ins Rainviereck, den Schwarzwald, an den Rhein oder noch weiter hinaus zu den Alpen unternehmen. Wir werden in diesem Rahmen weiter über die Vorbereitungen zu der ersten Arbeiterolympiade berichten. C. 3m.

Die Verteuerung des Jugendwanderns.

Schon kürzlich wurde darauf hingewiesen, daß manche im Staate der Allgemeinheit verantwortliche Stellen sich ihrer Aufgaben gegenüber der Jugend absolut nicht bewußt sind. Der Staat sowohl wie die in engler Gemeinschaft mit staatlichen Institutionen arbeitenden Körperschaften und Gesellschaften sollten es als eine ihrer bedeutendsten Aufgaben betrachten, der Jugend in ihrer Entwicklung jede erdenkliche Erleichterung zusammen zu lassen. Dessen muß sich auch im Zeitalter des größten Verkehrs der Reichsbahn-Gesellschaft bewußt sein. Durch eine Verfügung, die seit dem ersten



Aus Dr. Unblutigs Praxis.

Aufhebel 11. Fortsetzung folgt
Wenn ich Lehrer wäre, wie Sie, verehrter Herr, so würde ich dem jungen Nachwuchs mindestens einmal wöchentlich die Wichtigkeit planmäßiger Fußpflege klarmachen. „Kukirolen“ nennt das die heutige Wissenschaft. Ich würde die Kinder Aufsätze über das wichtige Thema schreiben lassen!

Kukirolen bedeutet richtige Fußpflege.

Die Wichtigkeit der Zahnpflege bei Kindern hat man erkannt und es finden in den Schulen regelmäßig Zahnuntersuchungen statt. Die Fußpflege ist aber noch viel wichtiger, denn mit künstlichen Zähnen kann man sich schließlich leichter abfinden als mit künstlichen Füßen. Versuchen Sie es bitte einmal an sich selbst. Kaufen Sie sich in der nächsten Apotheke oder Drogerie für 2 Mark eine vollständige Kukirolkur. Zunächst nehmen Sie ein Kukirol-Fußbad. Sie müssen in ihrem Berufe so viel stehen und umhergehen, daß ihnen diese Wohltat aufrichtig zu gönnen ist. Sie werden dann nicht mehr über Schmerzen und Brennen der Füße zu klagen haben, aber auch nicht über Fußschmerzen und kalte Füße. Das Gehen und Stehen wird Sie viel weniger anstrengen, denn das Kukirol-Fußbad kräftigt die Sehnen, die Gelenke und die Nerven. Nach dem Fußbade und ferner jeden Morgen pudern Sie die Füße mit Kukirol-Streupuder ein. Sie werden sich danach viel frischer und altsicher fühlen, denn Schmerzen und Müdigkeit in den Füßen verursachen allgemeine Mattigkeit und Unbehagen im ganzen Körper. Das werden Sie besonders empfinden, wenn Sie Hühneraugen haben. Diese heilsamen Sie in wenigen Tagen ohne Schneiden, also unblutig und gefahrlos mit dem vielmillionenfach bewährten Kukirol-Hühneraugen-Pflaster. Benutzen Sie aber niemals unbekannte Präparate, sondern achten Sie auf den Namen „Kukirol“ und auf die bekannte Schutzmarke „Hähenkopf mit Fuß“. Sie bewahren sich dadurch vor Schaden und vor Enttäuschungen. Es wird Sie auch interessieren, daß die Kukirol-Fabrik die größte der Welt auf diesem Spezialgebiete ist. Sogar eine Kukirol-Straße gibt es schon in der schönen Badstadt Groß-Salz-Eimen und ein neues Postamt wird dort auch gebaut. Das beweist, daß „Millionen kukirolen“, und was Millionen für richtig befinden, das wird auch Sie zufriedenstellen! Versuchen Sie es einmal mit einer Kukirolkur für 2 Mark. Verlangen Sie noch heute unser neues, wichtiges Büchlein, betitelt „Kukirolen Sie“. Dieses gibt Ihnen wichtige Aufklärungen über die Wichtigkeit der Fußpflege und enthält u. a. auch einige Photographien unserer Fabrik.

Kukirol-Fabrik, Groß-Salze (Bad Eimen).

Eigenes Verkaufsbureau: Berlin W. 63, Kiebitzstraße 23, 1.

Schafft Wohnungen! Heraus aus der Wohnungsnot!

Wohnungsnot und Wohnungsrecht.

Der Artikel 135 der Reichsverfassung sichert jedem Deutschen eine gesunde Wohnung und allen deutschen Familien, besonders den Kinderreichen, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftshäuser.

Trotz dieses schönen Programms verschärft sich das Wohnungselend immer mehr, und tausende Familien haufen sich in ungeeigneten, engen und ungesunden Räumen; ein Hohn auf Sittlichkeit und Kultur. Um die Wohnungsnot zu beheben und das veraltete unsoziale Mietrecht zu ändern, hat die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag ein umfangreiches Wohnungs- und Bodenreformprogramm eingebracht, die Erhebung einer Wohnungsbaubauabgabe in Höhe von 20 Proz. der Friedensmiete zum ausschließlichen Wohnungsbau verlangt und eine grundsätzliche Neuordnung des gesamten Miet- und Wohnrechts gefordert.

Der Mieterschutz — Beschränkung des Kündigungsrechts des Hausbesizers — ist nur bis 1. Juli 1926 befristet. Das Reichsarbeitsministerium, die bürgerlichen Parteien und die Grund- und Hausbesitzer verlangen Beseitigung des Mieterschutzes, Aufhebung der gebundenen Wohnwirtschaft, mindestens beschleunigten Abbau, Freigabe der Mietbildung und des privatkapitalistischen Wohnungsbaues. Sie meinen, in der freien Wirtschaft werden die fehlenden Wohnungen schneller beschafft werden. Durch Freigabe der Mietbildung und Steigerung der Mieten würden größere Wohnungen frei, weil hohe Mieten ein Zusammenrücken der Mieter bedingen und auch dadurch der Wohnungsbedarf gemindert werde.

Eine Reihe Anträge in dieser Richtung sind von allen bürgerlichen Parteien im Reichstag gestellt worden. Anstatt nun materiell hierzu im Wohnungsausschuss des Reichstags Stellung zu nehmen, beschloß die bürgerliche Mehrheit, alle Anträge mit dem vom Reichswirtschaftsrat in gleicher Absicht aufgestellten Richtlinien der Regierung als Material zu überweisen, die Regierung aufzufordern, eine Wohnungsstudie zu veranstalten und bis zum 30. April dem Reichstag entsprechende Gesetzesvorlagen zugehen zu lassen. Bürgerliche Parteien und Rechtsregierung arbeiten sich gegenseitig in die Hände, werfen sich die Bälle zu, um die Sache zu verschleppen, und prompt erklärt das Reichsarbeitsministerium, daß bis zum 30. April die Sache nicht gemacht werden kann. Im übrigen hat der Reichstag zu den Anträgen seines Wohnungsausschusses noch Stellung zu nehmen.

Auf diesem Gebiet zeigt sich, welches Unheil die verärgerten Wähler mit der Abgabe ihrer Stimmen für die nationalistischen, reaktionären Parteien angerichtet und welche Suppe sie sich selbst eingebracht haben. Um so zwingender ist es, im Zusammenhang das ganze Problem zu behandeln.

Wie groß ist die Wohnungsnot?

Zwar soll erst durch eine Enquete der Wohnungsbedarf festgestellt werden, allein schon vorhandene Unterlagen reichen aus, den dringenden Wohnungsbedarf annähernd zu ermitteln. Das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium Sachsens hat den Wohnungsbedarf nach dem Stande vom 15. Januar 1923 festgestellt. Dieses Ergebnis dürfte sich wenig verändert haben, da infolge der Inflation, der geringen Summe der Mietsteuer, die für den Wohnungsbau verwendet worden ist, und den Baustoffmangel durch Neu- und Umbauten kaum der zunehmende Wohnungsbedarf gedeckt sein dürfte.

Nach der Erhebung schwankt der Wohnungsbedarf in den einzelnen Gemeinden von 0,8 bis 17,8 Wohnungen auf je 1000 Einwohner. Der Landesdurchschnitt beträgt 10 fehlende Wohnungen auf 1000 Einwohner. In den Industrieorten ist der Bedarf größer als in den Kleinstädten und Dörfern. In der Stadt Leipzig fehlen bei 636 000 Einwohnern 12 000 Wohnungen, und alljährlich entsteht ein neuer Wohnungsbedarf von 1400 Wohnungen. Legt man, trotz der verschiedenen Bevölkerungs-dichtigkeit die Ergebnisse der jährlichen Erhebung für das Reich zugrunde, dann fehlen im Reich 600 000 Wohnungen und es kommt alljährlich durch die Beschleungen ein neuer Wohnbedarf von 72 000 Wohnungen hinzu. Nach dem Verhältnis für Leipzig würde sich die Zahl gerade verdoppeln.

Das Wohnungsprogramm der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion will den bestehenden und zunehmenden Wohnungsbedarf in sieben Jahren decken. Es würde dann der Zuwachs das Siebenfache des Jahresbetrags:

Altbedarf	600 000 Wohnungen
Zuwachs	504 000
	1 104 000 Wohnungen

Es müßten alljährlich 160 000 Wohnungen neu erbaut werden. Im Frieden sind jährlich 200 000 Wohnungen erbaut worden, so daß unter Berücksichtigung der geringeren Zahl von Bauhandwerkern der Wohnungsneubau voll gedeckt werden könnte. Dann wäre zwar noch kein Uberschuß an Wohnungen wie vor dem Kriege vorhanden, aber die dringendste Not wäre beseitigt. Dem idealen englischen Wohnungszustand wären wir auch dann noch sehr fern. In England wohnen 53 Proz. der Familien in Einzelhäusern. Bei nur 45 Millionen Einwohnern wird dort ein Bauprogramm geleistet durchgeführt, das 2 1/2 Millionen neuer Wohnungen zu erstellen vorsieht.

Privatwirtschaftlicher oder gemeinwirtschaftlicher Wohnungsbau?

Die bürgerlichen Parteien und die hinter ihnen stehenden Wirtschaftspraktiker verlangen den Wohnungsbau für die freie kapitalistische Wirtschaft zur Ausbeute. Kann das Privatkapital den Wohnungsbau finanzieren und kann es die Mieten niedrig halten?

Vor dem Kriege konnten die Banken Baugeselder vorstrecken und Hypotheken waren zu haben, galten sie doch als wertbeständige Kapitalanlage. Hypotheken wurden mit 4—5 Proz. verzinst. Die Kriesspiele, die Deutschland hinter sich hat, zwingt die Banken, nur kurzfristige Darlehen zu geben, um mit knappen Mitteln zuden zu helfen. Die Geldknappheit zeigt sich auch in den hohen Diskontofähen der Reichsbank. Während vor dem Kriege der Diskontofuß 3 1/2 bis 4 Proz., nur in Krisenzeiten mehr betrug, beträgt er jetzt 9 Proz. Für Bankkredit müssen jetzt an Zins- und Provisionszinsen annähernd 14 Proz. gezahlt werden. Hypothekenbanken verzinsen die ausgegebenen Pfandbriefe mit 9 Proz. Dabei stehen die Pfandbriefe im Kurse erheblich unter dem Nennwert. Die Hypothekenbanken können Hypotheken kaum unter 10 bis 11 Proz. Zins ausleihen. Die Sparkassen zahlen für langfristige Einlagen bis zu 12 Proz. Zinsen. Sie sind dadurch auf kurzfristige Bankgeschäfte angewiesen. Für langfristiges Leihkapital, als solches sind die Hypotheken zu betrachten, ist also das Doppelte bis Dreifache des Friedenszinsfußes zu zahlen.

Die Herstellung von Arbeiterwohnungen kostet heute annähernd das Doppelte des Friedensfußes. Die Mieten für privatkapitalistisch erstellte Wohnungen müßten also das Dop-

pelte bis Dreifache der Friedensmiete betragen. Eine Miete, die häufig das Gesamteinkommen des Arbeiters verschlingen würde und deshalb nicht gezahlt werden kann.

Die Baukosten einer mittleren Arbeiterwohnung betragen heute, je nach der Gegend, 8000 bis 12 000 M., im Durchschnitt 10 000 Mark. Tilgungshypotheken als Reichsdarlehen, die nur bis 40 Proz. des Ertragswertes gegeben werden, müssen mit 5 Proz. verzinst und amortisiert werden. Der Bauherr, der diese günstigen Tilgungshypotheken erhielt, müßte noch für die übrigen 60 Proz. des Ertragswertes eigenes oder Leihkapital aufbringen, das er kaum unter 10 Proz. Zinsen erhalten dürfte. Für eine Wohnung im Herstellungswerte von 10 000 M. müßten also aufgebracht werden 4000 M. zu 5 Proz. gleich 200 M., 6000 M. zu 10 Proz. gleich 600 M., zusammen wären an Zinsen 800 M. pro Jahr aufzubringen. Dazu Betriebskosten, Instandsetzungsarbeiten, so daß die Miete mindestens 1000 M. betragen würde. Sie mindert sich, wenn erheblich eigenes Kapital in den Wohnungsbau gesteckt werden kann. Das Einkommen der Arbeiter schwankt aber zwischen 1200 bis 1500 M. pro Jahr. Damit kann der Arbeiter diese Miete nicht zahlen. Von den vorhandenen Wohnungen entfallen aber 80 bis 90 Proz. auf Leute mit niedrigerem und mittlerem Einkommen. Für den Jahresbedarf von 160 000 Wohnungen müßten also 1,6 Milliarden Privat- oder Bankkapital aufgebracht werden. Nach dem zuvor Dargelegten eine völlige Unmöglichkeit.

Alle Einsichtigen sind sich darüber klar, daß dieser Weg nicht beschritten werden kann, so lange Privatkapital für den Wohnungsbau nicht flüssig gemacht werden kann, sondern daß öffentliche Mittel für den Wohnungsbau freigestellt werden müssen. Das müßten die Interessentengruppen, aber der privatrechtliche Wohnungsbau soll für sie nur das Mittel sein, die von der Allgemeinheit für den Wohnungsbau aufgebrauchten Gelder sich anzueignen und den Vorstand geben, die Mieten der Altmwohnungen auf den Friedensstand zu bringen und möglichst den hohen Mieten der Neubauten anzupfaffen.

Bleibt aber kein anderer Weg, als für die Minderbemittelten und Kinderreichen Wohnungen aus Mitteln der Allgemeinheit zu erbauen, so müßten diese auch der Allgemeinheit gesichert bleiben. Die Gemeinden und Siedlungsgenossenschaften müssen die Träger des Wohnungsbaus und die Eigentümer der Wohngebäude bleiben. Der Spekulationsbau muß aufhören.

Durch eine gute Bodenvorratswirtschaft, gute Baupläne, dem neuzeitlichen Städtebau angepaßt, Straßenanlagen, Verbesserung der Verkehrseinrichtungen, Herabdrückung der Baustoffpreise, eventuell durch eigene Ziegelproduktion und Regiebauten können die Gemeinden viel zur Herabminderung der Baukosten beitragen und dadurch helfen, die Beseitigung der Wohnungsnot zu beschleunigen.

Die Aufbringung der Mittel.

Durch die Dritte Steuernotverordnung ist an Stelle der Wohnungsbaubauabgabe die Mietsteuer getreten, die den Ländern und Gemeinden zu ihrem Finanzbedarf zur Ausbeute überlassen worden ist. Mindestens 10 Proz. der Mietsteuer (nicht der Friedensmiete) sollten Länder und Gemeinden zum Wohnungsbau verwenden. Dadurch würde die Wohnungsbaubauabgabe von 10 Proz. auf 2—3 Proz. der Friedensmiete herabgedrückt und der Wohnungsneubau lahmgelegt, die Wohnungsnot verschärft. Die Länder haben die Miete für Ende 1924 auf 60—65 Proz. der Friedensmiete festgesetzt. Seit dem 1. Januar 1925 sind die aufgewerteten Hypotheken mit 2 Proz. zu verzinsen, und die Mieten sind jetzt auf 70—75 Proz. der Friedensmiete erhöht worden. Von diesen Hundertfachen entfallen 16 bis 27 Proz. auf die Mietsteuer, von dieser wieder verbleiben in den einzelnen Ländern 1,4 bis 11 Proz. der Friedensmiete für den Wohnungsbau. Dem Hauseigentümer verbleiben 38 bis 55 Proz. der Friedensmiete, von denen er 15 bis 40 Proz. für Instandsetzungsarbeiten verwenden soll. Ihm verbleiben 15 bis 31 Proz. der Friedensmiete für eigene Verwendung und zur Deckung der Betriebskosten.

Der Reinertrag der Wohnungsbaubauabgabe (nicht der Mietsteuer) ergab für Sachsen im Rechnungsjahr 1924 im Landesdurchschnitt eine Belastung von 7,2 M. auf den Kopf der Bevölkerung. Im Reichsdurchschnitt würden bei dem gleichen Verhältnis der Verwendung der Mietsteuer wie in Sachsen 432 Millionen Mark für den Wohnungsbau zur Verfügung gestanden haben. Die Wohnungen hätte erheblich gemindert werden können. Da aber die Länder bis zu 1,5 des Satzes der Friedensmiete heruntergegangen sind, so ist der Ertrag für den Wohnungsbau so gering, daß oft nicht einmal der Zuwachs an Wohnungsbedarf gedeckt worden ist, geschweige denn die alte Wohnungsnot gelindert werden konnte.

7 bis 18 Proz. der Friedensmiete ist rein als fiskalische Einnahme für Länder und Gemeinden verwendet worden. Die Mieter haben also annähernd 1/3 Milliarden Mark zum Haushalt der Länder und Gemeinden beigetragen. Für das Reich tragen die Mieter den Löwenanteil der Einkommensteuer und aller indirekten Steuern und obendrein müssen sie auch noch die Gemeinde- und Länderkosten tragen. Die Aufrechterhaltung der Mietsteuer würde den Wohnungsneubau weiter hemmen.

Mieterbelastung nur für Wohnungsneubau.

Hiergegen wendet sich die Sozialdemokratische Partei. Die Reichstagsfraktion beantragt, eine Wohnungsbaubauabgabe von 20 Proz. der Friedensmiete zu erheben und sie ausschließlich für den Wohnungsbau unter Mitwirkung des Reiches zu verwenden, die Verwendung der Mietsteuer zu fiskalischen Zwecken aber auszuschließen. Der Wohnungsausschuss des Reichstages hat sich zwar mit der Mehrheit der Sozialdemokratie, Kommunisten und Demokraten für die Erhebung der beantragten Wohnungsbaubauabgabe entschieden, aber der Reichstag selbst hat noch nicht zugestimmt, und der Reichsfinanzminister ist Gegner der Verwendung dieser Abgabe.

Nimmt man einen Mietertrag von 5 Milliarden im Frieden an, dann würde die Wohnungsbaubauabgabe eine Milliarde für den Wohnungsbau ergeben. Diese Summe würde aber noch nicht ausreichen, um bei den heutigen Baukosten 160 000 Wohnungen zu erbauen, wie es das sozialdemokratische Wohnungsbauprogramm vorsieht. Es müßten also andere Quellen erschlossen werden. Die Landesversicherungsanstalten und andere sozialen Einrichtungen haben im Frieden von ihren angesammelten Beständen Hypotheken zu billigen Zinsen gegeben. Dazu sollen sie auch in Zukunft durch Gesetz angehalten werden. Sie können dies tun, weil sie für das angesammelte Kapital nicht wie die Sparkassen und Banken Zinsen zahlen müssen, und die Beträge ja von den Minderbemittelten, also den Kreisen der Mieter, aufgebracht werden und ihnen, soweit sie nur als Reserven für die sozialen Verpflichtungen in Betracht kommen, zur Linderung der Wohnungsnot ohne Schaden zur Verfügung gestellt werden können.

Will das Reich die Mietsteuer als Finanzausgleich für die Länder und Gemeinden, so wollen die Deutschnationalen (Antrag Behrens) mit der Mietsteuer erst die durch die Inflation weggeschwemmten Vermögen der Invaliden- und Angekündigtenversicherung auffüllen und den Wohnungsbau diesen Organisationen übertragen. Ein Teil der Mietsteuer soll als

Darlehen für den Wohnungsbau verwendet und die Wohnungszwangswirtschaft planmäßig ausgebaut werden. Ein demagogischer Vorschlag, der das Wohnungselend verewigen würde und den Mietern und Sozialversicherten doppelte Lasten (Beiträge und Mietsteuer) auferlegen würde. Im Hintergrunde schlummert das Verlangen, damit auch die Zuschüsse des Reichs für die Erwerbslosen auf Kosten der Mieter abzubauen, denn die Sozialversicherung soll später auch die Erwerbslosenbeihilfe nach den deutschnationalen Wünschen übernehmen.

Die von der Allgemeinheit aufgebrauchten Mittel müssen auch von den Gemeinden für die Allgemeinheit verwendet werden.

Die Wohnungsnot ist durch den Krieg verschuldet. Sie entstand durch das Bauverbot und der Beschlagnahme der Baustoffe für den Kriegbedarf. Hat das Reich durch seine Kriegspolitik die Wohnungsnot herbeigeführt, so muß das Reich auch mit Aufwandsmitteln helfen, das Wohnungselend schnell zu beseitigen.

Die Höhe der Mieten.

Nach der Aufwertungsbeschrift der Reichsregierung war der Grundbesitz im Jahre 1913 schätzungsweise mit 65 Milliarden Mark hypothekentlastet. Durch wertlose Papiermark dürften 30 Milliarden Mark abgestoßen worden sein und durch die Inflation sind weitere 30 Milliarden Mark Hypotheken abgemertet, so daß der gesamte Grundbesitz nur noch mit etwa 5 Milliarden Mark hypothekentlastet ist. An Hypothekenzinsen hatte der Grundbesitz 1923 bei einem Durchschnittssatz von 5 Proz. insgesamt 3 1/2 Milliarden zu zahlen. Für die aufgewerteten Hypotheken hat der Grundbesitz ab 1. Januar 1925 nach der Regierungsvorlage nur noch 105 Millionen Mark Hypothekenzinsen zu zahlen. Damit haben nur die Gläubiger der Hauseigentümer ihr Vermögen verloren. Billigerweise muß auch der Schuldner sein im Grundbesitz angelegtes Kapital als entwertet betrachten. Von dieser Voraussetzung geht auch das Vermögenssteuergesetz aus, denn es ermäßigt die Steuerlast der Grundbesitzer um 70 bis 80 Proz. und geht bei kleinen Vermögen bis zu 3 vom Tausend herunter. Der Gesamtwert des Grundbesitzes ist also um 80 bis 85 Proz. abgewertet worden, aber dem Hauseigentümer ist doch das Hausgrundstück voll erhalten geblieben. Ihm ist durch die Inflation ein Gnadengeschenk zugefallen. In dem Mietbetrag sind erhebliche Teile für die Instandsetzungsarbeiten vorgesehen, während ihm 30 Proz. der Friedensmiete verbleiben. Wenn der Reichskonturs vollwirtschaftlich ausgenutzt würde, dann müßte, da die Allgemeinheit die Konsumlasten des Reiches zu tragen hat, der abgewertete Teil des Grundbesitzes in die öffentliche Hand übergehen und die Mieten müßten dauernd weit unter den Friedensstand heruntergesetzt werden. Das wäre möglich, wenn auch der Neubau von Wohnungen von den öffentlich-rechtlichen Körperschaften ausgeführt und im Besitz der Gemeinden und Länder verblieben.

Dieselben Gruppen, die sich mit allen Mitteln wehren, eine Aufwertung ihrer Schulden vorzunehmen, verlangen mit der Freigabe der Mieten das Recht, diese in die Höhe zu treiben, um sich auf Kosten der Mieter muerich zu bereichern.

Die Sozialdemokratie kann für die Altmwohnungen nur eine Miete als gerechtfertigt anerkennen, soweit die Erhaltung der Gebäude, die Deckung der Betriebskosten und die Verzinsung des abgewerteten Hypotheken- und des im Grundbesitz angelegten eigenen Kapitals nach Maßgabe der Entwertung sie bedingt.

Den Satz im einzelnen festzustellen muß der Mitwirkung der Länder und der Mieter überlassen bleiben. Die Mieter müssen auch ein Kontrollrecht über die Verwendung der für die Instandsetzungsarbeiten ausgeworfenen Mietanteile haben, denn sie haben ein Interesse daran, daß durch absichtlichen Verfall der Altmwohnungen die Wohnungsnot nicht verschärft wird und daß der Hauseigentümer auf Kosten des Hausverfalls sich nicht bereichert. Ebenso wichtig wie die niedrigen Friedensmieten ist die

Herabdrückung der Mieten in den Neubauten.

Da deren Erhebungskosten doppelt so hoch wie im Frieden sind, so würden die Mieten der freien Wohnwirtschaft das Doppelte der Friedensmieten übersteigen. Schon aus diesem Grunde müssen die allgemeinen Mittel für den Wohnungsbau durch die Gemeinden gemeinwirtschaftlich verwendet werden, damit die Uebersteuerungskosten auch von der Allgemeinheit getragen werden können.

Das ist zu erreichen, wenn die Mittel der Wohnungsbaubauabgabe als amortisierbarer Zuschuß zum Wohnungsbau verwendet werden. Würde eine Arbeiterwohnung 10 000 M. kosten und wird diese Summe mit 2 Proz. amortisiert, so würde die Miete 200 M. betragen. Dazu kämen die Betriebskosten, so daß diese Miete den geminderten Hundertfach der Friedensmiete nicht wesentlich zu übersteigen brauchte. Mit dem Ertrage könnten die Wohnungen erhalten werden. In 50 Jahren wäre das Grundstück lastenfrei und aus den aus dem Amortisationsfuß zurückgewonnenen Mitteln könnte der neue Wohnbedarf leicht durch die Gemeinden gedeckt werden. So könnte der Anteil der Miete an dem Einkommen dauernd wesentlich niedriger als vor dem Kriege erhalten werden.

Bürden aber durch die Freigabe der Wohnwirtschaft die Mieten in die Höhe getrieben werden, so müßten Pöhne und Gehälter um den gleichen Satz gesteigert werden. Die Besitzer der Altmwohnungen würden sich dann unangemessen bereichern und die sozialen Kämpfe würden eine Heftigkeit und einen Umfang erreichen wie nie zuvor. Volkswirtschaftlich betrachtet ist die Freigabe der Miethöhe Unsinn.

Das Wohnrecht.

Der Mieterschutz, d. h. die Beschränkung des Kündigungsrechtes des Hauseigentümers, wird mit allen Mitteln bekämpft und seine Aufhebung gefordert. Es ist zuzugeben, daß dösrartige Mieter das Recht der anderen Mieter zur Hilfe machen können und daß hier Abhilfe nötig ist. Im allgemeinen wird die Not anerkannt und ihr Verständnis entgegengebracht. Ausnahmen darf man nicht verallgemeinern, so schwer der einzelne darunter zu leiden hat. Solange die Wohnungsnot besteht, muß eine Einschränkung des Rechtes erfolgen, denn wichtiger als der Rechtsschutz des einzelnen ist für die Allgemeinheit, daß Mensch und Frau und Familien nicht auf der Straße liegen bleiben. Das Verlangen nach Aufhebung des Mieterschutzes ist abzulehnen, solange die Wohnungsnot nicht beseitigt ist.

Wichtiger als die Beseitigung dieser Einschränkung des Rechtes ist die Reform des gesamten Mietrechts. Die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches gehen zu stark vom Eigentumsbegriff aus, lassen soziales Verständnis vermissen. Hier muß reformierend eingegriffen werden.

Beseitigung der Wohnungsnot, Verhinderung des Wohnungszuwachses und soziale Ausgestaltung des Wohnrechts, das sind die Aufgaben, die in Kürze gelöst werden müssen, und hierfür muß der Kampf mit aller Energie aufgenommen werden.

Rich. Sipinski

Ein Notschrei aus Sachsen.

Die Notlage der sächsischen Bergarbeiter.

Wie im niederschlesischen Steinkohlenrevier, dessen unheilvolle Lage jüngst hier beleuchtet wurde, ist die Lage der Bergarbeiter auch im sächsischen Steinkohlenrevier fast unerträglich. Durch die Absatzkrise im gesamten deutschen Bergbau ist seit Monaten jede Verbesserung der Arbeitsverhältnisse und Erhöhung der Löhne erheblich erschwert worden. Nur Massenanwanderungen der Arbeiter vom Bergbau in andere Berufe konnten das Einlegen von Feiertagen bisher verhindern.

Der Verbrauch ausländischer und ober-schlesischer Steinkohle und Braunkohle, nicht nur im Hausbrand, sondern auch zu einem erheblichen Teil in der sächsischen Industrie gefährdet den Absatz der Steinkohle immer mehr. Trotz Unterbietung der Preise bestehen große Absatzschwierigkeiten für bestimmte Sorten. Selbst die Stadt Zwickau als größter Arbeitgeber im sächsischen Steinkohlenbergbau verwendet zur Bergung in der Gasanstalt in Zwickau zum Teil ober-schlesische Kohlen, da der Heizwert der Zwickauer Kohle bedeutend geringer ist. Das Hauptabgabebiet, die bayerische Industrie, ist in der Nachkriegszeit dem sächsischen Steinkohlenbergbau als Kohlenabnehmer verloren gegangen, und die Sparmaßnahmen im Kohlenverbrauch infolge der Kohlennot während und nach dem Kriege, die Einrichtung der Öl- und Wärmewirtschaft verringern den Kohlenverbrauch erheblich und hemmen alle Maßnahmen, die zur Besserung der Lage der Arbeiter beitragen könnten.

Die Bergarbeiterlöhne im sächsischen Steinkohlenbergbau sind für den weitaus größten Teil der Belegschaften vollständig unzureichend und derart niedrig, daß eine Erhöhung um 40 bis 50 Proz. die Differenz gegenüber den Löhnen anderer Industriearbeiter kaum ausgleichen würde. Die Arbeitgeber erkennen die Notlage der Bergarbeiter an, behaupten jedoch, daß jede tarifliche Lohnerhöhung für den sächsischen Steinkohlenbergbau unerträglich sei und nur bei Steigerung der Leistung ein Mehrverdienst erreicht werden könnte.

Nach Mitteilung der Arbeitgeber sind im sächsischen Steinkohlenbergbau etwa 80 Proz. der Vorkriegsleistung in der Kohlegewinnung erreicht.

Der Leistungslohn einschließlich Soziallohn betrug je Schicht im Januar 1924 für den Grubenarbeiter im Durchschnitt 4,01 M., im Dezember 1924 im Durchschnitt 5,30 M., der Durchschnitt aller Arbeitergruppen betrug 5,41 M. bei einer Stunde Mehrarbeit.

Das Arbeitseinkommen eines erwachsenen männlichen Bergarbeiters im sächsischen Steinkohlenbergbau betrug im Jahre 1913 unter Tage 1540 M., über Tage 1350 M., im Durchschnitt verdienten alle Arbeiter 1472 M., gerechnet bei 200 Arbeitstagen je Schicht unter Tage 5,13 M., über Tage 4,50 M., im Durchschnitt 4,91 M.

Im Jahre 1924 betrug das Arbeitseinkommen eines Hauers im Durchschnitt 1554 M., eines Arbeiters über Tage 1371 M., im Durchschnitt aller Arbeitergruppen 1353 M., gerechnet bei 300 Arbeitstagen je Schicht unter Tage für Hauer 5,18 M., Tagearbeiter 4,57 M. bei neunstündiger Arbeitszeit, im Durchschnitt aller Arbeitergruppen 4,51 M.

Die Abzüge für Gezähe, Beleuchtung, Lampenreparatur, Steuer und Beiträge zur Sozialversicherung betrugen im Jahre 1913 etwa 9 Proz., im Jahre 1924 etwa 20 Proz. des Schichtverdienstes. Der Nettolohn eines Arbeiters verringert sich somit im Durchschnitt um 50 Pf. je Schicht.

Laut einer Statistik vom Oktober 1924 erreichten etwa 25 Proz. der Arbeiter in der Grube einen Verdienst über den Durchschnittslohn, 13 Proz. erreichten den Durchschnittslohn und 62 Proz. der Arbeiter standen unter dem Durchschnittslohn. Im Tagesbau erreichten etwa 75 Proz. der Arbeiter den Durchschnittslohn nicht, 15 Proz. erreichten ihn, 10 Proz. verdienten über den Durchschnittslohn, insbesondere die Handwerker und Facharbeiter. Facharbeiter erreichen in der Regel einen Nettolohn von 3,20 M. bis 3,67 M. je Schicht bei einer Stunde Mehrarbeit.

Von den etwa 29.000 beschäftigten Bergarbeitern über und unter Tage erreichen nur annähernd 50 Proz. den Durchschnittslohn im Revier. Der Lohn des Bergarbeiters steht in keinem Verhältnis zu den Löhnen der Arbeiter anderer Industrien.

Anders steht es bei der Preisbildung aller Lebens- und Bedarfsartikel im sächsischen Revier. 40 bis 80 Proz. Steigerung der Lebenshaltungskosten gegenüber 1913 stellt die Erhebung der Reichsstatistik fest. Durch diese Preisbildung werden viele Bergarbeiterfamilien in geradezu elende Verhältnisse gedrängt.

Die Beseitigung der Familienhilfe Ende des Jahres 1923 hat in vielen Bergarbeiterfamilien den Gesundheitszustand der Familienangehörigen erheblich gefährdet. Das Wohlfahrtsamt in Zwickau und andere größere Bergarbeitergemeinden haben Kerze gewonnen, die das Heilverfahren nach Anweisung der Wohlfahrtsämter verbilligen mußten, um in dringenden Fällen noch Hilfe leisten zu können. Kosten, die durch ein Heilverfahren in Krankenhäusern und Kliniken durch Behandlung der Familienangehörigen entstanden, wurden von den Wohlfahrtsämtern vor-schubweise gezahlt und der betreffende Bergarbeiter muß rotenweise die Gelder wieder zurückerstatten.

Das auch das Arbeits- und Wohlfahrtsministerium von diesen trostlosen Zuständen Kenntnis und Verständnis für die Notlage der Bergarbeiter hat, zeigt nachstehendes Schreiben an die Bezirksfürsorgeämter im Freistaat Sachsen:

Unterstützungen an erkrankte Bergarbeiter!

Seit Ende 1923 ist die Familienhilfe der Bergarbeiter bei den Knappschaftskrankentassen aufgegeben. Daraus ist eine erhebliche Gefährdung des Gesundheitszustandes der Familien der Bergarbeiter erwachsen. Die sächsische Regierung hat sich an den Vorstand des Reichsknappschaftsvereins zu Charlottenburg mit dem Ersuchen um baldige Wiedereinführung der Familienhilfe gewandt. Bis zu deren Wiedereintritt haben die Bezirksfürsorgeverbände pflichtgemäß die Kosten der Krankenpflege bei solchen Personen zu tragen, die selbst oder deren unterhaltspflichtige

Angehörige hierzu nicht instande sind. Um eine weitere Verschlechterung des Gesundheitszustandes zu verhindern und vorzubeugen noch mit geringeren Mitteln zu beheben, späterhin aber langwierig und kostspielig werdende Gesundheitsfürsorgen zu befehlen, wollen die Bezirksfürsorgeverbände im weitherigen Maße erkrankten oder gesundheitsgefährdeten Familienangehörigen von Bergarbeitern Unterstützung zukommen lassen.

Dresden, den 13. Oktober 1924.

Arbeits- und Wohlfahrtsministerium.

Das Lohnsystem im sächsischen Steinkohlenbergbau, das Lohnerhöhung nur bei entsprechender Erhöhung der Leistung gewährt, ist für die Dauer für die Bergarbeiter unerträglich. Der Gesundheitszustand der Arbeiter wird immer mehr gefährdet. Zu Tausenden lösen die Bergarbeiter ihr Arbeitsverhältnis.

Aufgabe des Reiches, des Staates und der Städte Zwickau und Leipzig als größte Arbeitgeber im sächsischen Steinkohlenbergbau ist, trotz der Absatzkrise Maßnahmen zu ergreifen, die hier die Verhältnisse verbessern und die Arbeiter nicht noch weiter verelenden lassen.

Parteiveranstaltungen

am Nachmittag und Abend des 1. Mai

(Konzert / Gesang / Rezitationen / Ansprachen / turnerische Darbietungen / Tänze).

- Kreuzberg: Backbrauerei, Fildisstr. 2/3.
- Wilmersdorf: Bittoriagarier, Wilhelmstraße 114/115.
- Schöneberg: Schloßbrauerei, Hauptstr. 122.
- Steglitz: Südenbe, Parkrestaurant.
- Marlendorf: Gesellschaftshaus Graf L. Chausseestr. 305.
- Marlensfelde: Hasehof, Berliner Str. 114.
- Treptow: Ritsche, Am Treptower Park 26.
- Oberschöneweide: Körners Blumenpark, Ostendstr.
- Köpenick: Erholungshaus Spindlersfeld.
- Biesdorf: Lokal Borath, Marzahnstr. 31.
- Mahlsdorf Süd: Heidekrug Heidekrug, Köpenicker Allee.
- Niederschönhausen: Schloß Schönhausen, Lindenstr. 11.
- Weißensee: Voruffin-Ecke, Berliner Allee.
- Buchholz: Rossack, Hauptstr. 71.
- Buch: Göpfert, am Bahnhof.
- Karow: Alir, Bankgrosenstr. 3.
- Reinickendorf-Ost: Schützenhaus, Residenzstr. 1.
- Reinickendorf-West: Hartmanns Brauerei, Scharnweberstr. 104.
- Rosenthal: Schneider, Hauptstr. 3.

Ansprachen halten: Bohm-Schuch, Breuer, Dressel, Edhardt, Falkenberg, Frau Geyer, Hoffmann, Judrian, Kreuziger, Kunkler, Landa, Lütke, Dr. Löwenstein, Waderholz, Polenste, Tüttamer, Riedger, Todenhagen, Woywod, Zubeil.

Vormittagskundgebungen der Partei.

- Wannsee: 10 Uhr, Reichsadler, Königstr. 26.
 - Bohnsdorf: 9 1/2 Uhr, Schule, Bahnhofstr.
 - Buchholz, Buch, Karow: 9 Uhr, bei Rossack, Buchholz, Hauptstr. 71.
- Referenten: Erwin Barth, Frau Bohm-Schuch, Emil Barth.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Dienstag, den 28. April, abends 7 1/2 Uhr:

- Herbst 1: Jugendheim Neue Allee, 21. Vortrag: „Unser Lebensreform“.
- Herbst 2: Jugendheim Greifswalder Str. 22. Vortrag: „Lebenserinnerungen von Friedrich Schiller“.
- Rosenthaler Volkshaus: Schule Gipsstr. 20. Vortrag: „Bedeutung des 1. Mai“.
- Schönhauser Volkshaus: Schule Gipsstr. 17. Vortrag: „Warum müssen wir in der Gewerkschaft sein?“
- Senefelder-Viertel: Jugendheim Eberswalder Str. 10. Aufsieder: „Warum feiern wir den 1. Mai?“
- Charlottenburg: Jugendheim Köpenicker Str. 4. Vortrag: „Bedeutung des 1. Mai“.
- Schöneberg II: Schule Kantstr. 10. Aufsieder: „Warum feiern wir den 1. Mai?“
- Steglitz I: Jugendheim Albrechtstr. 47. Vortrag: „Von Weimar bis Hamburg“.
- Steglitz III: Jugendheim Rosenthaler Str. 53. Vortrag: „Sozialistische Fortschrittler“.
- Steglitz IV: Lokal „Zum Römertel“.
- Steglitz V: Vortrag: „Jugend und Schicksal“.
- Steglitz VI: Vortrag: „Sommerferien zum ersten Schuler“.
- Rosenthal: Jugendheim Gipsstr. 22. Vortrag: „Kommunisten“.
- Rosenthal: Schule Gipsstr. 17. Vortrag: „Warum feiern wir den 1. Mai?“
- Senefelder-Viertel: Schule Gipsstr. 17. Vortrag: „Warum feiern wir den 1. Mai?“

Verberbeitet Open: Abends 1/2 Uhr in der Schule Köpenicker Str. 4. Mithras Jugendbewegung. Vortrag: „Die Forderungen der Jugend“. Referent: Genosse Nothilde Baum.

Abend, Arbeiter-Jugend, Wehling, Wehling-Fach! Jubiläumfeierlande der Kindergruppen am Mittwoch, den 29. April, abends 7 1/2 Uhr, in der Dierckweg-Schule, Köpenicker Str. 20. Programm: Scherenschnitt, Bilder, Reaktionen, rhytmische Tänze, Wettbewerb: „Durch Thüringen“. Kommt alle! Recht!

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Die Stenographische Gesellschaft Meißner-Bezirk von 1898, deren Zweck die Verbreitung der so nützlichen Kautschuk-Druck- und Schreibmaschine ist, eröffnet am Mittwoch, den 8. und 13. Mai, 8 Uhr, in der Luisenbühlischen Oberrealschule, Berlin S. 14, Dresdenstr. 113, einen Anfängerkursus für Damen, Herren und Schüler. Die Unterrichtsstunden finden jeden Mittwoch abends von 8 bis 10 Uhr statt. Der Unterricht wird nur von bewährten Anfängern erteilt. Außerdem ist den Teilnehmern am Mittwoch und Freitag in den Fortbildung- und Taktikstunden des Bezirks genügend Gelegenheit geboten, sich eine höhere Schreibweise anzueignen. Nähere Auskunft erteilt schriftlich der Vorstand für den Unterricht, Erich Seibert, Berlin S. 14, Prenzlauer Str. 17.

Im Funktechnischen Verein, Ortsgruppe Berlin, hält am Dienstag, den 28. April, 7 1/2 Uhr, im großen Saal des Fernstudiums für Erziehung am Unterricht, Potsdamer Str. 120, Professor Dr. Weichsäcker, Vortrag im Zusammenhang mit dem Reichsausschuss über „Kurzwellen“.

Freie Beschlüsse, Mittwoch, den 29. April, 8 Uhr, in der Sophien-Schule, Weinmeisterstr. 16-17, Vortrag von Dr. med. et jur. Rob. Fuhsmann: „Das Verrecht an der Frau und ihre weltliche Erblassungsbedeutung“. Gabe haben Zutritt.

Schülerverein der Hilde- und Tierfreunde, e. V. Alle Tierfreunde treffen sich am Dienstag, den 28. April, 8 Uhr, im Reichsausschuss, Köpenicker Str. 20, Magnus Schwanns Saal über „Die Tierwelt im deutschen Staat“. Tierfreunde, erscheint in Wollen!

Welterverband Deutschlands, J. Hermanns-Saal, Rosenthaler Str. 46. Die Generalversammlung findet am Mittwoch, den 29. d. M., 7 1/2 Uhr, in den Uferhallen, Köpenicker Str., statt. Mitgliedsbeitrag 50 Pfennig.

Geschäftliche Mitteilungen.

Der erste Sieg des kleinen 4 PS Opel Konu am Sonntag, den 19. April, auf dem des Hohenbuckel-Bundesrennens bei Dortmund von dem aus dem Vorjahre bereits bekannten Rennfahrer Hans von Opel gewonnen werden. Er errang unter der Fährten im- und ausländischen Rennfahrer, wie Kabis, Giron, Renault, Amalcar usw., in der Klasse bis 4 Steuer-PS den ersten Preis. Der Altmeyer Herr Carl Soeren wurde ebenfalls den ersten Platz behauptet haben, wenn er nicht durch einen Radelekt gestungen werden wäre, seine Fahrt zu unterbrechen und wurde sich so mit einem zweiten Preise begnügen. Nebenbei sei noch bemerkt, daß die Opel-Werke in Hohenbuckel bereits alle 4 Minuten einen kleinen Wagen fertigt und ihre Produktion von Woche zu Woche steigern. Ein Beweis selbstwüßiger Organisation und unübertrefflicher Qualität- und Präzisionsarbeit. Aus Erfahrung weiß die Bauart, daß sich ein Opel-Gehäuse verformen läßt, wenn dieselben mit schlichter Schuberzweck behandelt werden. Dieser Gehäuses sehen Sie sich nicht aus, wenn Sie die wirklich gute Opel-Schulpaße, Marke Heifisch, verwenden. Sollen Sie sich keine andere Marke aufzelen!

Für Regentage

- Gummimäntel für Herren, mod. Schlüpfertorm, vorzügl. Gummierung, je nach Qualität u. Art 24.-, 18.-, 15.50
- Gummimäntel, mod. Stoffbezüge, zweireih., Form mit Rückengurt u. Falte 36.-
- Herren-Gabardinemäntel in weiter Schlüpfertorm, imprägn. von 42.- an
- Schwedenmäntel für Herren aus gut. woll. imprägn. Gabardinestoff., eleg. Ausführung, tadellos. Sitz, je nach Art 75.-, 105.-, 90.-, 80.-
- Damenmäntel aus imprägn. Stoffen, flotte Form 17.50
- Damengummimäntel, lesche moderne Form von 21.- an
- Damen-Gabardine-Mäntel, imprägn., hervorr. Qualit., vornehme Form 48.-
- Knaben- und Mädchengummimäntel von 13.- an
- Bozener Mäntel f. Herren a. imprägn. Loden, je nach Qualität und Art 42.-, 36.-, 33.-, 25.-, 19.-
- Wettermäntel f. Damen, imprägn. Strichloden je nach Qualität und Art 42.-, 40.-, 33.-, 27.-, 23.-
- Lodenmäntel für Jünglinge, je nach Qualität 24.-, 21.-, 19.-
- Wettermäntel für Knaben, aus im rägrierten Loden 23.-, 18.-, 16.-
- Windjacken a. wasserdicht. Stoffen, lang u. weit geschnitten, je nach Qualität u. Art 20.-, 18.-, 13.50, 8.-
- Gabardine-Herren-Windjacke für Straße u. Sport je nach Qualität 75.-, 70.-, 60.-, 48.-
- Damen-Windjacken, imprägn., flotte Sportart, f. m. je nach Qualität 24.-, 18.-, 15.50, 12.-
- Haarfilzhüte in modernsten Farben 7.90



Covercoat-Gummimäntel Schlüpfertorm außergewöhnl. billig 24.-

BAER SOHN & G.

nur Chausseestr. 29 - 30

Der Lebenslauf der Haare

ist ein verhältnismäßig kurzer. Bei Frauen hellere Haare werden oft bereits nach dem ersten Wachsen ein hartes Zurückgehen beobachtet und mit jedem weiteren Anheben werden die Haare schwächer. Da gilt es, diese Haare besonders pflegen und vorzüglich behandeln. Als ganz hervorragendes Haarpflegemittel ist daher solchen Frauen das Haarspray zu empfehlen, das man heute in den Apotheken und vielen guten Drogerien erhält. Man läßt hiervon 10 Gramm in einem halben Liter Wasser und mischt hiermit unter spärlichem Rührpöhlen mit Wasser die Haare. Der Erfolg ist in die Augen springend: die Haare werden sauber, glänzend, bleiben weich und schmiegsam und lassen sich sofort, ohne im Ramm halten zu bleiben, kämmen und stecken. Keine Frau wird an derartigen Sorgen achlos vorbeigehen.

Sieben Zigaretten.

Von Herkl.

Stundenlang hatte das magere Pärchen im Morgendämmern dagelegen wie eine Lote. Glasig und ohne Spur von Leben starrten die Augen durch den Liderschlit in tiefer Höhle, und ein widerlich süßlaurer Dunst, der auch an scharfe Tabakslauge erinnerte, stieg von dem wächsernen, kleinen Frauengesicht, von den abgearbeiteten, fast tiefgelben, gefalteten Händen auf. Ein schüchternes, gleichmäßiges Atmen ließ die Brust kaum merkbar sich heben und senken.

Stundenlang. An Siebeln und Firten froh die Sonne entlang, lastete sich zum Gitterfenster ins Gefängniszimmer der Charité. Langsam begannen sich die Lider zu weiten, das Glasige wandelt sich, die Starre wird weicher und schwindet. Ein feines Zittern läuft über die Wangen und halbboffenen Lippen.

Angestrengt sucht der Leere und doch so schwere Kopf, sich zurecht zu finden, zu denken. Es glüht und knistert in ihm; tausend Fragen wollen Antwort, überstürzend, jagen und durchkreuzen sich. „Lebe ich? — Wo — die Kinder? — Ich bin so müde. Warum? — Das Geld? —“ Ein Fragesturm durchrast das Hirn. „Was war geschehen? — Heute, gestern, vorgestern, vor acht Tagen, vor Jahren? —“ Das Erinnern hat keinen Halt und kein Maß. „Ich liege im Bett. Die Sonne scheint — scheint herein. Dann bin ich nicht zu Hause. — Wie kam ich aber hierher? — Herrgott, diese Laidigkeit! — Warum kommen die Kinder nicht? — Der Mund ist so bitter, der ganze Mensch so leer und schwer. Das Geld? — Höschen habe ich gekauft; billig für eine Mark, wo sie überall viel teurer waren. Und den Subitkopf habe ich der Ulla schneiden lassen, bei Winters.“ — Wie eine unbekannte, welke Blume leuchten die gelben, reglosen Frauenhände auf den bunten Karos des Anstaltsbezuges. „Gestern war das, gestern abend! Der Doffen habe ich die Mark zurückgegeben. Beshald tut meine Schulter bloß so weh? Und der Bauch? Und der Kopf? — Gepack haben sie mich, geschüttelt. Gehauen? Warum? — Viele fremde Männer waren da. Sipo? — Gebrochen habe ich, gebrochen, schrecklich gebrochen. Mein Gott, die Kinder! —“ Es flackert auf in den matten Augen, flackert, um gleich wieder zu verlöschen. Regungslos liegt das zerschundene Frauenkörperchen. Kein Fingerglied rührt sich. Ein Sonnenstrahl huscht über die fiedigen, schon ergrauenden, braunen Haarsträhnen.

Wie Tropfen fallen die Gedanken und sammeln sich; fremd, inhaltslos. Sie lösen keine Bewegung und kein Gefühl aus, weder Schmerz, noch Angst, noch sonst etwas. „Die Kinder sind sicher tot, und ich liege hier im Bett. Im Krankenhaus oder im Gefängnis. Ganz sicher sind sie tot. Das Gas hat es schon gemacht. Es war bloß ein bißchen zu wenig. Sieben Groschen im Automaten sind eben zu wenig für alle. Noch drei Groschen, dann hätt's gelangt. Dann war alles gut. Drei Groschen zu wenig! — Ich hätte den Kaffee nicht kaufen sollen! Ob Maxl nicht noch ein paar eiserne in keinem Schweinchen gehabt hätte? Drei Groschen —“

Bild reißt sich an Bild, wie im Kino. In einer Zigarettenfabrik arbeitete sie als Tabakfortiererin. Seit vier Jahren und früher die ganze Kriegszeit hindurch sortierte sie immer in derselben, alten, etwas verbauten Fabrik, immer in denselben staubigen, dunstigen Arbeitsräumen, immer auf demselben wackligen Schemel. Jeden Tag von acht bis fünf für achtzehn Mark die Woche. Im Winter war's ja schön warm und beim Klatschen und Bihereihen mit den Kolleginnen gemütlich; der Sommer aber quälte mehr als das bißchen Husten. Der Sommer mit Sonnenschein und Kinderlachen, mit dem Spaziergehen der „Andern“. Da kam man sich wie eingelagert vor. Für achtzehn Mark in der Woche. Geld wurden Gesicht und Hände in der ewigen laugigen Tabaksluft. Oft bekam man die Augen kaum auf vor dem heizenden Staub, und Kleider und Schuh, Haut und Haar strömten Tabaksdunst aus. Als blühendes Mädel von achtzehn Jahren hatte man sie im Kriege eingestellt, und jetzt nach zehn Jahren war sie nur noch ein erdärmliches, stinkendes Arbeitsviehchen, das sich freuen durfte, Brot zu haben. Achtzehn Mark die Woche! Gewiß, andere von den Kolleginnen hatten es besser ausgehalten. Die sind noch heute drall und fest und nicht auf den Mund gefallen. Die sind nach begehrenswert.

„Aber man war nun mal „so“, immer ein bißchen ängstlich und still. Herrgott, waren die Zeiten schön, als ich mit Otto ging, als er mich heiratete und ich mit Ruttern zu Hause wirtschaften konnte und nicht mehr in die Fabrik brauchte. Mächtig viel Geld hatte das Brautkleid gefostet und fünfzehn Mark der Schleier. Einen Hut für Rutter und einen Wüschmantel hatte er auch gekauft, alles hatte Otto bezahlt. Alles. Er schufte sich und raderte sich ab. Jeden Freitag hat er den Lohn abgegeben und immer noch was mitgebracht: Pfannkuchen, Parfüm und mal ein Bild, immer etwas anderes. Nie ist er laufen gegangen oder mit anderen Weibern. Sonntags hat er den Fensterstich gebaut, die Ofenbank und dann das Bettchen, als Maxl kam. Wer das ein Glück! Rummgehopt ist er mit dem Jungen wie ein Berrückter, gesungen und gepfiffen hat er die ganzen Abende, wenn er sich den Schmiederuß abgewaschen und die neue Doppe angezogen hatte.“

Die Inflation wuchs und wuchs. Es langte nicht mehr, weder zum Leben noch für Anschaffungen, die doch so dringend nötig waren. Die Frau mußte dazu verdienen und ging wieder in die Fabrik. Jeden Tag von acht bis fünf ging sie sortieren. Das half und mußte helfen; denn das zweite Kindchen war unterwegs. Schümm kam beiden ihr Arbeitsaussehen durch die Geburt an. Mäglichst schnell ging sie wieder sortieren, sortieren, sortieren. Die Hände griffen und ordneten, die Gedanken spielten und sorgten sich um die Kinder. Großmutter zog sie zu Hause auf, und abends, wenn alle drei todmüde beim Mittagessen saßen, sich an den Kindern freuten und Pläne machten, war es noch immer schön.

Bis zum wilden Streif. Gerade zu Weihnachten! Es hatte eigentlich zu nichts gereicht. Am heiligen Abend früh war noch der Gasmann gekommen und hatte das „Geschenkgeld“ genommen, sonst hätte er zumachen müssen. Da hatte sie der Otto in den Arm genommen und gestreichelt. Geschluckt hat er und ihre Hände gepreßt, die Tränen sind ihm über die Backen gerollt, und Maxl hat auf den Weihnachtsmann gewartet. Der ist nicht gekommen und hat auch nichts gebracht.

Monatelang war der Mann arbeitslos, ohne Unterstützung. Die Kinder immer abwechselnd krank. Rutter's Begräbnis mußte auch bezahlt werden. Armenlsg? Wieder Kommode, Schrank, Wäsche oder sonst etwas verkaufen! Man hatte doch seinen Stolz! Die Kinder wollte die „Fürsorge“ wegholen und in ein Heim stecken. Da hatte sie sich gewehrt, gewehrt bis zum Neuherten. Angst und Verzweiflung packte den Mann. Ein Zufall kam hinzu und er — — — — — stahl, wurde gefasst und sah seit März in Zegel. Acht Monate soll er abbüßen, der „Verbrecher“ Ihr Otto! Acht Monate! — Sie wollte arbeiten, nur arbeiten und schon mit ihm über den Berg hin-

Sein „Siegeszug“!

Hindenburg



Der Transportarbeiter Thälmann bei der Arbeit.

wegkommen. Die Kinder wurden von den Nachbarsleuten so einigemmaßen versorgt. Es ging ja ein bißchen vorwärts, sogar zu einer Tafel Schokolade nach Zegel hatte es jede Woche gelangt.

Da kam das „Gestern“. Diesmal konnte sie nicht, wie sonst allwöchentlich, für den Mann der Nachbarin 100 Hauszigaretten taufen, ihre Kinder sollten doch auch ein paar Osterkerl haben. Ulla bräute doch so dringend ein paar Höschen und in der Küche war auch fast nichts mehr. Ein Gang führte sie an einem Berg loser Zigaretten auf einem der Paktische über. Die Hand griff zu, schloß sich, fuhr in die Kitteltasche; die Oberpackerin schrie gellend auf, sprang zu, hielt ihr Schultern und Arm fest umklammert, und eine Flut von Schimpfworten durchheulte den Saal. Schnell duckten sich die Köpfe der ausgebreiteten Packerinnen; mit trampelhaftem Eifer wurde weiter eintortomniert. Dann sah sie alles nur noch wie in weiter Ferne, die anderen und sich selbst wie im Film. Sie stand im Privatkontor vor den beiden Inhabern, hörte das wichtigtuend höhnende, sich überhebende Gekröse der Oberpackerin, sah die goldene breite Uhrkette auf dem Bauche des einen Chefs, im Takt hin und her schaukelnd, sie hörte die eifrig ruhige Distanzstimme seines Bruders. Das ging sie alles gar nichts mehr an. Man zog ihr die Hand aus der Tasche, durchsuchte die, riß die noch immer geschlossenen mürben Finger auseinander und fand . . . sieben Zigaretten. Sieben Zigaretten rollten auf den Tisch. Man lachte nicht. Sieben Zigaretten im Werte von vierzehn Pfennigen. Man lachte nicht, bei Gott, man lachte nicht! Man schimpfte und schrie nur noch mehr vor Entrüstung über diesen Diebstahl, diesen Vertrauensbruch, diesen Geschäftsverlust! Sieben Zigaretten hatte sie gestohlen bei vierjähriger anstandsloser Arbeit. Sieben Zigaretten! Für Augenblicke haßte sie diese Frau, die Oberpackerin. Schon immer hatte sie sich geekelt vor dieser Biergerin, fett, frech und fasslich, die sich hier am tollsten entrüstete, die sicher selbst nie sauber war, die in den Frühstückspausen die häuslichen Schlägereien mit ihrem Geliebten prahlend breitgetreten hatte, der man unzählige Male ins Gesicht gesagt hatte, daß sie auch für den dreckigsten Mann zu haben sei, wenn er nur zahlte. Aus dem Wege war sie dieser Frau gegangen, die das ganze Haus tyrannisierte, den Chef jeden Klatsch und jede Kleinigkeit zutrug, vorlog und aufbausehte, die immer auf dem Sprunge lag, andere in den Dreck zu treten, um die eigene „Tüchtigkeit“ zu beweisen. Sie hörte die Brüder was von Entlassung, Papieren in den langen Schlich des Kontors rufen, hörte was von Kindern, Gemeinheit, Gerechtigkeit und Undankbarkeit, hörte etwas wie „mehschugge, sie wird noch mehr geklaut haben“, sie fühlte nicht die Tränen über die abgehärmten Backen fließen, sie mußte nur eins, mußte nur, daß sie nie mehr Arbeit in einer Zigarettenfabrik bekommen würde. Nie mehr! Nie mehr Brot für die Kinder! Sie hatte ja sieben Zigaretten gestohlen.

Dann war sie auf der Straße, ging sie ein Stück wie im Traum herunter, stand vor dem Schaufenster eines Kaufhauses und buchstabierte ein Aushangsbild in ihm. Sie buchstabierte, buchstabierte.

Sie buchstabierte und — las: Engel. Sie las Engel und immer wieder Engel . . . dachte an ihre Kleinen.

Papiere fühlte sie in der Hand und Geld, zählte es mechanisch, ging ins Geschäft, kaufte ein Tricot-Höschen, kam heraus, ging von Geschäft zu Geschäft und kaufte ein Fleisch, Kartoffeln, Margarine, Kinderballons, Rurmeln, Lebensmittel. Sie ging und kaufte — wie ein Automat. Sie kam nach Haus, kochte, unterhielt sich mit der Nachbarin, nahm die Kleine und ließ ihr beim Friseur die Haare schneiden, zog ihr die neuen Höschen an, spielte mit den Kindern und fütterte sie, sah selbst und spielte dann weiter. Wie ein Automat. „Ich habe sieben Zigaretten gestohlen und bekomme nie mehr Arbeit. — Engel —“, das ließ sie nicht mehr los.

Dann kam der Abend. Sie brachte die Kinder ins Bett, betete mit ihnen, räumte auf, wusch ab — wie ein Automat. Sieben Mark hatte man ihr wegen des Rietsoorchusses ausgezahlt. Die letzten sieben Groschen steckte sie in den Münzgasmesser, ging in die Stube, drehte den Hahn auf, nahm sich die Kinder in den Arm und schlief ein.

Nun lag sie hier. „Drei Groschen zu wenig — sieben Zigaretten —“, die Lider sinken, die Fragen werden leiser und matter, Nacht kommt herauf. Sie schläft.

Stundenlang. Arzt und Schwester vom Dienst stehen am Bett zur Abendvisite. Der Puls geht matt aber gleichmäßig.

„Wie Rymphenburger Terrakotta sieht die alte Frau aus. Nicht wahr, Herr Doktor?“ Jäh erschrecken beider Blicke vor der Tafelausschreit zu Häupten des Bettes: „28 Jahre“.

„Morgen können wir sie rübertransportieren lassen. So jämmerlich wie sie ist, die kommt durch! Machen Sie ruhig die Papiere fertig.“

„Mein Gott! Was wird sie denn bekommen?“

„Doppelter Anschlag mit mildernden Umständen? Na, mit zwei Jahren ist's billig.“

„Wie kann bloß eine Rutter — —?“

„Wie kann bloß? — Solche Leute haben doch keine Hemmungen. Die sind eben robuster als wir.“

Aus der Geschichte des Walzers. Man sollte es kaum glauben, daß unser Walzer, dieser Patriarch unter den modernen Tänzen, seinerzeit auch Anlaß zu allerlei Beanspruchungen gegeben hat. Ursprünglich kannte man eben noch gar keine Drehtänze. Die ersten Tänze wurden „getreten“, d. h. die Paare nahmen sich an der Hand und trippelten im Kreise herum; daher auch der Name „Reigen“ für diese älteste Art der Tänze. Erst im fünfzehnten Jahrhundert kamen die „Drehtänze“ auf, bei denen sich die Paare umeinander drehten, zunächst ohne sich anders als bei den Händen zu fassen. Diese Drehtänze erregten schon Vergernis, und es wurde in vielen Verordnungen gegen sie eingeschritten. Sie gaben die erste Veranlassung, von dem Bierdirtelstakt, der bei den „getretenen“ Tänzen üblich war, zu dem Dreiertelstakt überzugehen, und damit war die Bahn für die Entwicklung des Walzers frei. Doch erst im 18. Jahrhundert, nachdem die Herrschaft der französischen Tänze gebrochen war, begann der Walzer seinen Siegeszug.

